

GRENZWERTIG

Zeitschrift für Migration und Menschenrechte Ausgabe #5 · Sommer 2012 · kostenlos

Teil eins - Vor der Haustür

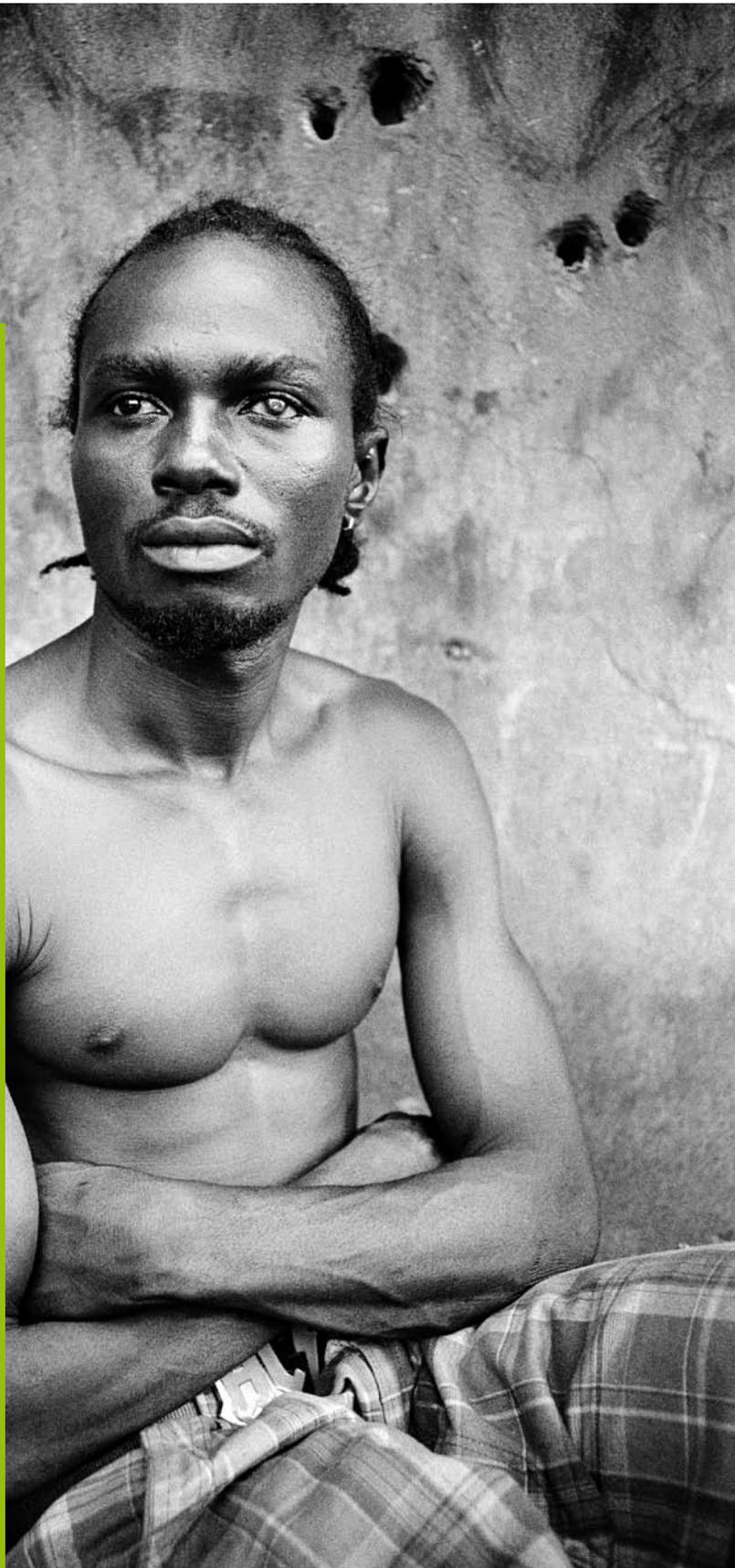
- 02 Interview zum Westwall
- 05 Menschen ohne Papiere & Öffentlichkeit
- 13 Kein Haider für Deutschland
- 18 Interview mit Polizeipräsident Schömann
- 21 Residenzpflicht in RLP

Teil zwei - Kulturteil

- 26 Lyrik, Prosa und Zeichnungen
- 32 Buchkritik
- 34 Interview mit Heinz Ratz

Teil drei - Weltweit

- 37 Flüchtlingspolitik in Australien
- 41 Moderne Barbarendiskurse
- 44 Dublin-II
- 46 Frankreich: Antirassismus gegen Antirassismus
- 48 Migrantische Arbeitskämpfe in Griechenland
- 50 Fotostrecke:
Kim Thue - DEAD TRAFFIC
- 58 Tschechien: Interview über Aussöhnungsprozess



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wie die Zeit verrinnt - eigentlich sollten sie dieses Heft noch bei Eis und Schnee in ihren Händen halten. Leider musste die Winterausgabe unserer Zeitschrift ausfallen, da dieses Heft ehrenamtlich erstellt wird und das Studium so manche Überstunde an Arbeit für uns bereit hielt, so dass jetzt schon wieder Sommer ist.

Es ist also fast ein Jahr seit der letzten Ausgabe vergangen. Genau so lange ist nun auch schon die rot-grüne Landesregierung in Amt und Würden. Die Aufmerksamkeit unserer Redaktion gilt natürlich der Arbeit der neuen Integrationsministerin Irene Alt. Ihre Bilanz kann sich bisher durchaus sehen lassen, das Ausreisezentrum wurde geschlossen, der Abschiebeknast in Ingelheim soll geschlossen werden, die Residenzpflicht wurde abgeschafft. Dabei sollte man allerdings erwähnen, dass sich bei den Themen Ingelheim und Residenzpflicht ein genauerer Blick lohnt. Deshalb beschäftigt sich die Grenzwertig in dieser Ausgabe noch einmal näher mit dem Thema Residenzpflicht: Pit Reinesch und Stefanie Herberg haben für diese Ausgabe Anfragen zur Praxis der Residenzpflicht an die 24 Landkreise in Rheinland-Pfalz gestellt und die eingegangenen Antworten ausgewertet. Dabei ergab sich, dass die Residenzpflicht noch lange nicht für alle Menschen in Rheinland-Pfalz aufgehoben ist.

Aufgeschreckt wurde die Republik im vergangenen Herbst durch das Auffliegen der rechtsradikalen Terrorgruppe NSU. Und tatsächlich waren die Umtriebe der rechten Szene für ein paar Wochen Thema in den großen Medien, inzwischen liegt der Fokus allerdings wieder mehr bei der angeblichen Faulheit der Griechen. Mit dem Trierer Polizeipräsidenten Lothar Schömann sprachen wir zwischen den Jahren über die Lehren aus den NSU-Morden und den Umgang mit Demonstrationen der NPD. Alexander Naniev analysierte für uns die Ursachen für den permanenten Misserfolg der NPD und empfiehlt, die kompromisslos ablehnende Haltung gegenüber rechten Tendenzen aufrechtzuerhalten.

Im Weltweit-Teil der Grenzwertig berichten unsere AutorInnen dieses Mal aus Tschechien, Australien und Griechenland. Außerdem begab sich der Fotograf Kim Thue in die Slums von Sierra Leone. Dank Eva-Maria Simon haben wir uns einem Thema angenommen, das man wohl eher in konservativen Medien erwartet: Sie sprach mit Aktivist und Autor Petr Mikšíček über die Aussöhnung von Tschechen und Sudetendeutschen. Helen Reichelt berichtet von den verheerenden Zuständen in australischen Asylslagern, eine Mahnung gegen die Privatisierung von Flüchtlingslagern. No-Border-Aktivistin „Mara“ erzählt vom Arbeitskampf illegalisierter Flüchtlinge in Griechenland.

Wir wünschen eine aufschlussreiche Lektüre

Pit Reinesch, Fabian Jellonnek

DIE MENSCHEN HABEN SICH AN MILITÄRISCHE DISZIPLIN GEWÖHNT



Von
Eva-Maria
Simon

Er sollte die Alliierten abschrecken und die Stärke des Dritten Reichs demonstrieren: Der so genannte Westwall, eins der größten Festungsbauwerke der NS-Zeit. Ab 1934 ließ ihn das Regime errichten, doch mit der Eroberung Frankreichs 1940 verlor er seinen Sinn. Von den mehr als 17.000 Bunkern und militärischen Anlagen zwischen Basel und dem Niederrhein sind deshalb noch viele erhalten. Inzwischen zelebrieren dort private Museen die Faszination von Waffen und Beton, blenden den geschichtlichen Kontext aber meist aus. Beispiele sind der Halberg-Bunker in Saarbrücken und das Museum Hürtgenwald in der Nordeifel. Historiker interessieren sich selten für die Bauwerke. Eine Ausnahme ist Fabian Lemmes, Juniorprofessor für Europäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Wie die Festungsanlage dem NS-Regime den Rücken freihielt und wie sie den Weg ebnete für die Zwangsarbeit, darüber sprach er mit Eva-Maria Simon.

Grenzwertig: Welche strategische Bedeutung hatte der Westwall?

Fabian Lemmes: Im Grunde keine besondere. An der Westfront ist während des so genannten Sitzkriegs zwischen September 1939 und Mai 1940 nicht viel passiert, es gab keinen Beschuss. Und nach dem Westfeldzug und dem Waffenstillstand mit Frankreich wurden die Bunker funktionslos. Erst im Herbst 1944, nachdem die Alliierten in der Normandie gelandet waren und die Deutschen sich aus Frankreich zurückzogen, hat man versucht, die zum Teil nicht ganz fertiggestellten Westwallbunker in Funktion zu bringen. Aber auch da waren sie nicht von herausragender strategischer Bedeutung: Das Gebiet links der Saar wurde bis Ende 1944 eingenommen.

Die Alliierten nannten das Festungswerk auch „Siegfried-Linie“. Haben sie sich zumindest am Anfang von ihm abschrecken lassen?

Ich glaube schon, dass er eine psychologische Wirkung hatte als scheinbar uneinnehmbare Anlage. Der Hintergrund war die Aggressionspolitik Hitlers gegen die Tschechoslowakei ab 1938, der Anspruch auf die Sudetengebiete. Der Westwall sollte die Westflanke des Reiches sichern für einen deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei. Er sollte verhindern, dass Frankreich in diesem Fall seiner Bündnisverpflichtung gegenüber der Tschechoslowakei nachkommt und von Westen auf deutsches Reichsgebiet vorrückt. Auf französischer und britischer Seite gab es ohnehin eine große Kriegsunwilligkeit. Ich denke, dass der Westwall die noch verstärkt hat.

Warum stehen gerade im Saarland und in der Pfalz so viele Westwall-Bunker?

Das war aus Sicht des Dritten Reichs eine Hauptgefährdungszone. Weiter nördlich beziehungsweise westlich boten Rhein und Ardennen einen natürlichen Schutz.

Warum interessieren Sie sich so für die alten Betonklötze?

Mir geht es vor allem um die Arbeitsbeziehungen und Unternehmen. Es gab eine zivile Behörde, die für den Bau aus dem Boden gestampft wurde: Die Organisation Todt unter dem Generalinspektor Fritz Todt, der direkt Hitler unterstellt war. Und die Organisation arbeitete in Kooperation mit der Privatwirtschaft. Da waren etwa 1000 deutsche Bauunternehmen tätig. Der Westwall kam ja nicht von nichts: Den haben Menschen da hingestellt. Und zwar viele Menschen.

Was für Menschen waren das?

Es gab Freiwillige, um die 400.000 wahrscheinlich, die innerhalb kurzer Zeit zusammengezogen wurden. Es waren ja viele Leute arbeitslos. Die hat man mit relativ hohen Löhnen angelockt. Andererseits gab es so genannte Dienstverpflichtete. Das Dienstpflichtgesetz ist eigens für den Westwallbau verfasst worden. Diese Arbeitskräfte schickte also das Arbeitsamt; sie waren in der Regel ein halbes Jahr oder länger dort beschäftigt. Es wurden auch Reichsarbeitsdienstleistende eingesetzt. Und nach dem Waffenstillstand mit Frankreich im Juni 1940 mussten französische Kriegsgefangene dort arbeiten. Da hat man einige größere Anlagen noch fertiggestellt, obwohl man sie nicht mehr brauchte. Das ging so nach dem Motto: Man weiß ja nie, wofür es gut ist.

Welche Bedeutung hatte das Bauprojekt „Westwall“ für die weitere Entwicklung des NS-Staates?

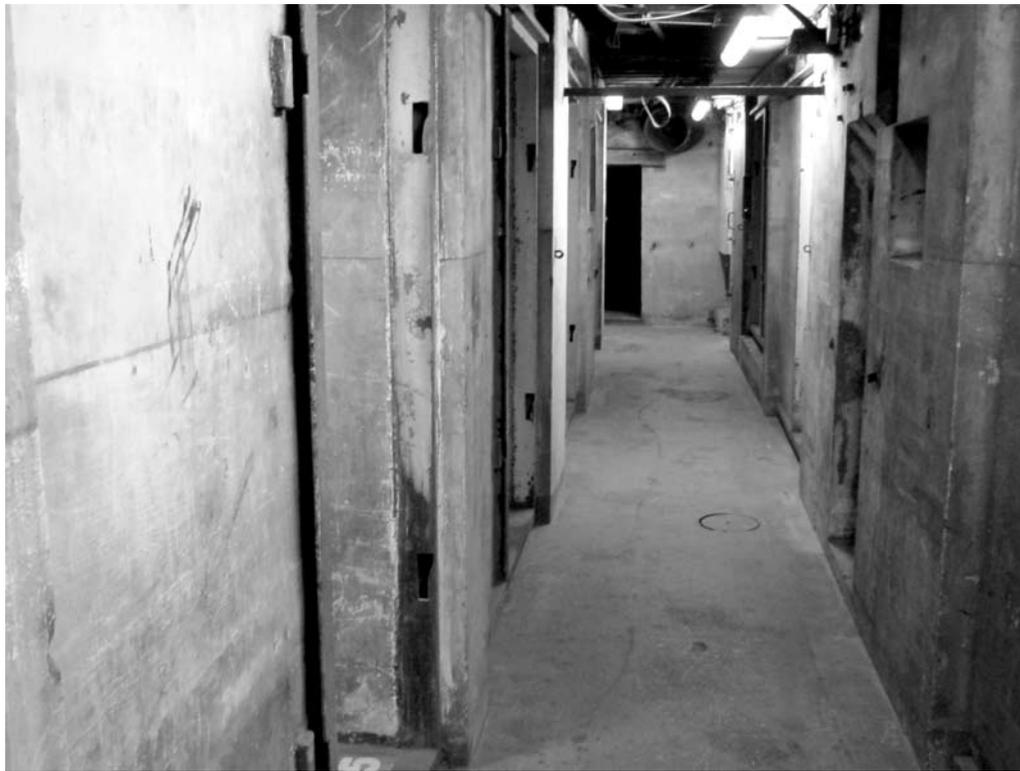
Da sind militarisierte Arbeitsbeziehungen entstanden, und die Menschen haben sich daran gewöhnt.

Was heißt das konkret?

Die Arbeiter lebten in Baracken. Da herrschte eine Lagerdisziplin, mit Antrittsapellen und gemeinsamen Märschen zum Einsatzort und einem elend langen Arbeitstag. Um missliebige, „arbeitscheue“ Leute zu disziplinieren hat man spezielle Haftstätten eingerichtet. Eine von ihnen, in Hinzert im Hunsrück, diente später den Arbeitererziehungslagern der Gestapo im ganzen Reich als Modell. 1942 wurde daraus ein Konzentrationslager. Andere Westwall-Baracken dienten nach Kriegsbeginn als Zwangsarbeiterlager. Insofern gab es fast einen fließenden Übergang, auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung und der Bauunternehmen. Man hat sich an zwangsverpflichtete Arbeitskräfte und militärische Disziplin gewöhnt. Außerdem hat sich die Organisation Todt, die ja durch den Westwall-Bau entstanden ist, zu einer Riesenorganisation entwickelt. Diese Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche, die da benutzt wurde, um Arbeitskräfte zu bekommen, hat man ab 1939 übertragen auf die besetzten Gebiete. Und dort hat die Organisation Arbeitskräfte eingesetzt von angeworbenen Freiwilligen bis hin zu KZ-Häftlingen, die unter erbärmlichsten und menschenunwürdigsten Bedingungen arbeiteten.

Wurden am Westwall selbst auch Zwangsarbeiter eingesetzt?

Ja. Ab 1944 hat das Militär diese Bunker wieder in Beschlag genommen, um den Vormarsch der Alliierten aus Frankreich aufs Reichsgebiet zu bremsen. Und bei diesem Ausbau – das hat man dann nicht mehr Westwall, sondern Weststellung genannt – wurden ganz massiv auch ausländische Zwangsarbeiter herangezogen. Auf dem Gebiet des heutigen Regionalverbands Saarbrücken lebten 1944 wahrscheinlich mindestens 20.000 von ihnen. Und einige mussten sogar bleiben, als die Stadt evakuiert wurde. Das waren gerade die osteuropäischen Zwangsarbeiter, die besonders schlecht behandelt



wurden. Die mussten zum Teil unter Fliegerbeschuss militärische Arbeiten verrichten. In Frontnähe, wo es am gefährlichsten war.

Warum beschäftigen sich so wenige Forscher an den Hochschulen mit diesem Thema?

Das Ganze ist bis jetzt vor allem von Militärgeschichtlern bearbeitet worden. Die klassische Militärgeschichte hat sich meistens für die technische Seite interessiert. Und das ist vielleicht auch ein Grund, warum eher militärfremde, linke Sozialhistoriker das Thema gemieden haben wie der Teufel das Weihwasser, um nicht in diese Ecke gestellt zu werden. Aber die Militärgeschichte hat sich ja weiterentwickelt. Heute geht es um die Gesellschaft im Krieg. Da wäre der Bau des Westwalls durchaus ein lohnendes Thema.

Zurzeit scheinen sich hauptsächlich Militaria-Verehrer um die Bunker zu kümmern. Wie könnte man sie anders nutzen?

Vielleicht können sie Ausgangspunkt für eine grenzüberschreitende, deutsch-französische Erinnerung sein. Da könnten sicherlich Historiker dazu beitragen, die geschichtliche Bedeutung dieser Orte bekannt zu machen.

¹ B-Werk Merzig-Besseringen außen. Foto: Eva-Maria Simon

Mahnmal im Grünen: Wie das B-Werk verstecken sich viele andere Überreste des Westwalls in den Wäldern zwischen Basel und dem Niederrhein.

² B-Werk Merzig-Besseringen innen. Foto: Eva-Maria Simon

Graue Realität des Krieges: Das B-Werk in Merzig-Besseringen mit seinen 44 Räumen ist eine der größten noch erhaltenen Kampfanlagen des Westwalls. Der Verein für Heimatkunde Merzig erinnert dort im Auftrag der Stadt auch an zivile Kriegsoffer und Verfolgte.

MISCHEN IM UND AUS DEM VERBORGENEN MIT:

MENSCHEN OHNE PAPIERE & ÖFFENTLICHKEIT



Von Daniel Josten

Es lässt sich nur schätzen, wie viele Menschen in der BRD ohne jene amtlichen Papiere leben, die zum Aufenthalt berechtigen. Angaben darüber liegen daher weit auseinander: Es könnten 100.000 oder auch deutlich mehr als eine Million sein. In der Öffentlichkeit wird das Thema vielfach verfälscht dargestellt. Die Massenmedien – immer für eine skandalträchtige Story zu haben – weisen in diesem Zusammenhang vor allem auf Schlepperbanden hin und auf deren Verbindungen zur Unterwelt. Zudem werden Flüchtlinge hier häufig dem generellen Verdacht ausgesetzt, illegal eine Grenze übertreten zu haben. Das trifft jedoch meist nicht einmal zu. Die offizielle Sichtweise nimmt die Thematik vornehmlich als Problem der Ordnungspolitik wahr, um das sich Ämter zu kümmern haben, indem sie es analysieren und entsprechende Strategien ausarbeiten. Von hier geht also

der ausschlaggebende Anstoß aus, wie die allgemeine Meinung zum Thema auszusehen hat. Doch dazu äußern sich – bisher noch in eher geringem Umfang – auch illegalisierte Migrantinnen und Migranten selbst. Sie beteiligen sich an Diskursen, obwohl der direkte Zugang zur Öffentlichkeit für sie häufig versperrt bleibt.

Viele folgen dem heutzutage weithin hörbaren Ruf, die ArbeitnehmerInnen-schaft habe flexibel und mobil zu sein. Zusammen mit dem Tourismus ist damit unter den heutigen infrastrukturellen Bedingungen in den Bereichen der Kommunikation und des Verkehrswesens regelrecht eine mobile Lebensweise entstanden. MigrantInnen halten etwa Ausschau nach Wegen, wie eine Einreise bewerkstelligt werden kann. Dabei sammelt sich ein Erfahrungsschatz darüber an, auf welche Weise Grenzen überwunden wer-



den können. Deren Beschaffenheit – die Rigidität ihrer Aufrechterhaltung – hängt nicht zuletzt von diesem Prozess ab. Das bedeutet, dass auch das Vorgehen der Migrierenden selbst die Kontrollpolitik des Staates beeinflusst, so wie es umgekehrt zugleich von ihr bestimmt wird. Der soziale Kontext ändert sich für MigrantInnen mit den je erlassenen migrationspolitischen Vorgaben. Das Vorgehen wird wechselseitig immer wieder aufeinander abgestimmt. Aus dieser ständigen Suche nach Möglichkeiten – auf der einen Seite jenen der Einreise, auf der anderen jenen der Migrationskontrolle – ergibt sich die mögliche Reichweite der Vertretung eigener Anliegen von illegalisierten MigrantInnen.

Anders als es zumeist kolportiert wird, haben die meisten Menschen, die sich illegal in der Bundesrepublik aufhalten, keineswegs unerlaubt eine Grenze überschritten, sondern sind auf üblichen Wegen eingereist, etwa als Touristin. Das Know-how darüber, wie eine Einreise gelingen, Arbeit oder Quartier gefunden werden können, wird häufig über Sozialkontakte weitergegeben. Menschen, deren Migrationsprojekt erfolgreich verlaufen ist, etwa solche, die von Firmen angeworben wurden, können dabei sozusagen als Pioniere fungieren. Die Mehrheit derjenigen ImmigrantInnen, die ohne Papiere hier leben, stammt daher aus denselben Ländern, wie aufenthaltsrechtlich regulär hier lebende Zugewanderte. Die sozialen Zusammenhänge untereinander helfen nicht zuletzt dabei, im Ankunftsland vorhandene Vorbehalte gegen Migration abzuwehren und mit den Auswirkungen ihrer Abwehr umzugehen.

Heimliche Migration stellt eine sozialstrategische Praxis dar, die über übliche nationale Vorstellungen selbstbestimmt hinausweist und deren Vorgehen sich dem Gesetzesrahmen unter Umgehung von Einreise- und Aufenthaltsvorschriften anpasst.

Dabei werden Fähigkeiten genutzt, die Gegebenheiten der Grenzregime für sich auszunutzen. MigrantInnen ohne Papiere decken dabei auch einen bestehenden – in Teilbereichen der Ökonomien von Industrieländern sogar erheblichen – Bedarf an Billiglohnkräften.

In diesem Prozess spielen letztlich unkontrollierbare Faktoren eine Rolle, nicht zuletzt daran erkennbar, triell entwickelten Staa-vorkommt, wie streng auch jeweils geltenden Richtli-dem sie der Deklarierung te Mobilität nicht Folge auf selbige beanspruchen, rende an der Korrosion ei-wünschen einhergehenden mit. Ihr Alltagshandeln hängen schafft auf un-Weise Verbindlichkeiten wirkt somit auch in po-Sozialstrukturen vor Ort illegalen Einwanderung zu Gesellschaftsbereichen sich auch für jenen, vom offiziellen Politikbetrieb ausgeschlossenen Teil der Bevölkerung, den Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus bilden, ein Anspruch auf Mitsprache in gesellschaftlichen Belangen.



Mimikry im Alltag

Der ungebrochene Trend zu prekärer Beschäftigung trifft den immigrierten Teil der Lohnabhängigen am stärksten. Aber diejenigen unter ihnen, die noch nicht einmal über einen gesicherten Aufenthaltstitel verfügen, sind erst recht mit miesen Umständen im Job konfrontiert. Wer schützt schon in einer rechtlich so unsicheren Lage vor tyrannischem Chefgebaren?

Papierlose müssen ihr Handeln vielfach darauf ausrichten, dass sie einer Entdeckung entgehen. Dies trifft auch für den Feierabend zu: Für Zusammenkünfte eignen sich daher am ehesten stark frequentierte öffentliche Orte, die Anonymität gewährleisten, zum Beispiel Tanzlokale. Aber hier fällt es Menschen ohne Papiere auch nicht immer leicht, Kontakte zu knüpfen, weil die eigene Lebenslage Nicht-Eingeweihten oft schwierig verständlich zu machen ist.

Häufig wird die Öffentlichkeit daher möglichst gemieden: „Ich vermeide es, im Stadtzentrum einzukaufen, weil ich Angst vor Polizeikontrollen habe. Unauffällig zu Hause zu bleiben ist sicherer. Das ist mein ganzes Alltagsleben. Ja, es ist sehr langweilig. (...) Ich möchte auch einfach gerne mal am Wochenende ausgehen, tanzen oder essen gehen.“ (Tri, zum Interview-Zeitpunkt ohne Aufenthaltsrecht und seit 2½ Jahren in der BRD) „Von Natur aus bin ich ein vorsichtiger Mensch, ich versuche unauffällig zu leben“ (Agnieszka, beim Interview ohne Aufenthaltsrecht und seit 10 Jahren in der BRD).

Das Leben im Alltag kann unter illegalen Bedingungen ausschließlich mit Hilfe weit verzweigter und verflochtener sozialer Strukturen gelingen, die Abseits der Öffentlichkeit bestehen. Wie gut diese Netze funktionieren – ob sich eher eng- oder eher weitmaschig geknüpft als wirksam erweisen – hängt von der jeweiligen Situation ab. Handelnde wissen häufig gar nicht, dass sie im Rahmen derartiger sozialer Netzwerke agieren, welche für Menschen ohne Papiere existentielle Bedeutung haben. Nur so können diese das Leben irgendwie meistern. Still und leise vorzugehen, ist dabei oberstes Gebot. Öffentlich in Erscheinung zu treten, bleibt mit Risiken verbunden. Gelingt es jedoch, auf soziale Kontakte zurückzugreifen, kann mitunter Zugang zu medizinischer Versorgung erschlossen oder dem Nachwuchs der Schulbesuch ermöglicht werden. Aber vieles bleibt unerreichbar: Etwa sozialstaatliche Fürsorgeleistungen oder rechtliche Absicherungen.

Papierlose handhaben diese Umstände nicht nur individuell unterschiedlich, die Art ihrer Bewältigung hängt auch von den jeweiligen Migrationsgründen ab. So gehen Arbeitssuchende in der Regel anders vor als etwa Flüchtlinge: Erstere versuchen wahrscheinlich seltener, einen Asylantrag zu stellen oder sich öffentlich einzumischen. Beides Dinge, die für Flüchtlinge häufig eher nahe liegen. Die Strategien der Lebensbewältigung sind jedoch letztlich genauso wie die Gründe für den grenzüberschreitenden Umzug äußerst vielfältig. Daher lässt sich auch nicht immer eindeutig von einer Flucht- oder Arbeitsmigration sprechen. So kann etwa das Fluchtprojekt einer Familie den Versuch des Ehemannes, Asyl zu erhalten, genauso beinhalten wie die Schwarzarbeit der Gattin als private Haushaltshilfe.

Vorsicht walten zu lassen, ist in jedem Fall geboten. Oftmals unternehmen die Betroffenen gefährliche Reisen durch mehrere Staaten, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, Asylanträge zu stellen, Krankenhausaufenthalte zu ermöglichen oder einfach nur eine Unterkunft zu finden. Doch unter illegalen Bedingungen leben, heißt an allen Orten, stets umsichtig und unauffällig bleiben, den Unterschlupf – so er denn zur Verfügung steht – nach Möglichkeit nicht verlassen.

Im Ankunftsland treffen Papierlose auf unterschiedliche Bedingungen: Abhängig von der jeweiligen Sichtweise figurieren sie als unerwünschter Abschaum oder willkommenen Arbeitsbienen, die spottbillig zu haben sind. Stets könnte es passieren, dass man verraten wird. Sozialkontakte werden darum nur vorsichtig angebahnt. In der Tat wird durch Verrat ein nicht unerheblicher Anteil der ruchbar gewordenen Fälle entdeckt. Beratungsstellen berichten etwa davon, dass Männer ihre Frauen verpfeifen, um sie mit Hilfe einer Abschiebung loszuwerden und Unterhaltskosten einzusparen.

Papierlose schildern, dass ihr ganzes Tun davon bestimmt wird, unentdeckt den riskanten Alltag zu bewältigen. Entsprechend werden unterschiedliche Fertigkeiten bei der Lebensbewältigung zur Anwendung gebracht. Es werden vor allem Allianzen geschlossen, um das Überleben zu gewährleisten. Auf diese Weise können die sozialen Strukturen Papierloser durchaus helfen, den Alltag zu bewältigen. Dies gelingt mitunter sogar besser als es im Herkunftsland möglich wäre. Die Menschen schaffen es so, aus den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, auf die sie treffen, für sich das Beste zu machen.

Gesellschaftspolitische Themen können in den Zusammenhängen zunächst eher weniger angegangen werden – zumindest nicht öffentlich. Widerstandshandlungen lassen sich eher im Alltag unterbringen. Trotz dieser Umstände sind entsprechende Bewegungen Papierloser in verschiedenen europäischen Ländern zu verzeichnen.

Souffleure im Hintergrund

Obwohl die Politik auf mannigfaltige Weise versucht, durch nationale Gesetzgebungen Migrationsströme zu beeinflussen und vornehmlich jene Immigration zuzulassen, welche als nationalökonomisch nutzbringend deklariert und damit politisch gewollt ist, knüpfen MigrantInnen internationale Netzwerke. Hierbei stoßen besonders Menschen ohne Papiere in ihrer machtlosen gesellschaftlichen Position auf Schwierigkeiten: Eigene Anliegen vorbringen oder gar Einspruch erheben, das gelingt am ehesten im Alltagsbereich.

Öffentlich werden derartige Vorgänge selbstverständlich eher selten. Weil Menschen ohne Papiere sich im Verborgenen halten müssen, sind sie nur eingeschränkt in der Lage, sich an gesellschaftlich relevanten Diskussionen zu beteiligen. Aber auch der private Bereich und solidarisch tätige Zusammenhänge können dazu beitragen, dass Ansichten von Papierlosen Eingang in öffentliche Debatten finden – allerdings bislang in recht bescheidenem Ausmaß. Die für Demokratien ansonsten als üblich geltende Möglichkeit, öffentlich das Wort zu ergreifen, ist also für Illegalisierte nicht unbedingt gegeben. Sie sind dabei zumeist auf Unterstützung angewiesen.

Aber dennoch kommen Menschen ohne Papiere seit den 1990ern in Europa öffentlich immer häufiger zu Wort: Damals wurden Regelungen verabschiedet, die Abschiebungen erleichterten und den Erhalt von Asyl erschwerten. In der Folge wurden immer wieder Fälle hungerstreikender, rebellierender, aufbegehrender Abschiebehäftlinge bekannt, die mit teils gemeinsam unternommenen vielfältigen Aktionen auf ihre

missliche Lage aufmerksam machen wollten. Zudem gibt es Ansätze gewerkschaftlicher Zusammenarbeit sowie der Förderung selbst organisierter Zusammenschlüsse.

Vernehmbare Stimmen von Menschen ohne Papiere werben für mehr Unterstützung und Verständnis für ihre spezifischen Probleme, wie etwa die andauernd präsente Angst vor Abschiebung. Sie machen auf Gründe für Armut in Herkunftsländern aufmerksam und darauf, dass hier vorkommender Rassismus und die Situation von Herkunftsländern in gewisser Weise zusammenhängen. Außerdem weisen sie immer wieder auf die Problematik der Abschiebep Praxis hin und fordern Verbesserungen in puncto Lebensunterhalt ein. Sie beanstanden, dass der illegale Zustand rassistische Verunglimpfungen und Möglichkeiten, von anderen ausgenutzt zu werden, noch verstärkt. Sie beanstanden die weitgehend rechtlose Lage, den Ausschluss von Sozial- und Gesundheitsversorgung; und sie beanstanden ebenso, dass die Öffentlichkeit Papierlose häufig als ProblemträgerInnen hinstellt und die Parteipolitik Zugewanderte insgesamt allzu oft als Spielball ansieht, mitunter Anfeindungen ihnen gegenüber billigt,

gar begünstigt. Des Weiteren streiten sie für ein menschenwürdiges Leben am selbst ausgewählten Wohnort, für bessere Unterkünfte und Bildungsmöglichkeiten sowie medizinische Versorgung.

Doch bislang haben solche Appelle nur wenig bewirken können. Aber wer mutig genug ist und einen Weg findet, öffentlich die Meinung zu äußern, kann zumindest für begrenzte Zeit eigene Interessen kundtun und auf Missstände hinweisen. Bislang konnten die Beschränkungen, von denen Papierlose betroffen sind, dadurch aber (noch) nicht zurückgedrängt werden. Die Furcht davor, verraten zu werden, rechtliche Unsicherheit und Arbeitsverhältnisse, in denen man gänzlich den Vorgesetzten ausgeliefert bleibt, hemmen das Vermögen, sich öffentlich zu äußern. Bei den bekannt gewordenen Protestaktionen – etwa unter dem Stichwort Kirchenasyl – tritt letztlich nur ein kleiner Teil in Erscheinung. Trotzdem war es auf diese Weise möglich, in Europa über Grenzen hinweg Aufmerksamkeit für die Thematik zu wecken.

In der Bundesrepublik gelten Gesetze, die einen alltäglichen Kontakt zu Menschen ohne Papiere schnell zu einer unerlaubten Sache machen können, etwa indem er als Hilfe zum unbefugten Aufenthalt gewertet wird. Trotz dieser Umstände können Papierlose gelegentlich in der Öffentlichkeit Stellung beziehen, beispielsweise wenn durch solidarischen Beistand von anerkannten Gesellschaftsmitgliedern Veröffentlichungen möglich werden. Zudem kommt das Problem der für illegal erklärten Migration auch in literarischen Texten von Menschen mit Migrationserfahrung zur Sprache.

Wenn sich für Papierlose einmal eine Gelegenheit zu öffentlicher Äußerung ergibt, versuchen sie häufig, Verständnis zu wecken, indem sie die eigene verfahrenere und von Ungewissheit geprägte Lebenssituation schildern: Der Zustand ist oft nicht leicht zu ertragen und bringt vielfach Furcht, Wut und Strapazen mit sich. Dies kann meist auch durch gelegentliche Erfolge nicht wett gemacht werden, wenn es zum Beispiel gelingt, zumindest zeitweise ein Gefühl von Normalität im Alltagsleben zu erlangen. Nicht zuletzt die Kontaktaufnahme mit amtlichen Stellen bleibt in der Regel besonders schwierig, etwa weil dort Argwohn und Verständnislosigkeit herrschen, Abschiebung droht oder vorgebrachte Gründe für den Erhalt von Asyl keine Anerkennung finden.

Die betreffenden Migrantinnen und Migranten betonen, dass die Tatsache, dass Gesetze Menschen zu Illegalen machen, als unerhört empfunden wird, als den Zeiten heutzutage unangemessen, schlicht als ungerecht. Daher streben sie eine vollkommene Gleichberechtigung an, die ein Leben mit allen Freiheiten möglich macht, wie sie in der Gesellschaft, in der sie leben, ansonsten üblich sind. Die Erlangung gleicher Rechte für alle Menschen wird daher als ein globales Ziel gesehen.

Durch öffentliche Aktivitäten konnten bereits Abschiebemaßnahmen abgewendet werden. Erfolgsversprechend ist dies besonders dann, wenn ein möglichst großer Beistand durch aufenthaltsrechtlich anerkannte Personen mobilisiert werden kann, das



Vorgehen der Ämter fällt dann nämlich noch am ehesten kulant aus. Hier zeigt sich eine Willkür in der Auslegung geltender Gesetze: Je größer im einzelnen Fall die Unterstützung, desto eher erfolgt eine gnadenreiche Amtsentscheidung. Solche Unterstützungsaktionen konnten dazu beitragen, das Thema grenzüberschreitend ins Gespräch zu bringen und Kontakte unter jenen zu ermöglichen, die sich gegen Illegalisierung aussprechen.

Aber gegenüber den legal ansässigen Helfenden – seien es nun journalistisch tätige Personen oder karitative Einrichtungen – kann der eigene Standpunkt auch nicht immer vertreten werden. Leicht kann es dabei nämlich geschehen, dass Papierlose in die Lage passiver KlientInnen geraten. Selbst organisierte Strukturen und Netzwerke können sich so nicht unbedingt zur Gänze einbringen, und es besteht die Gefahr, dass sie an Entschlüssen nicht wirklich beteiligt werden. Vorgekommen ist dies etwa, als sich bei einer Unterstützungsaktion verschiedene Teile der mitwirkenden Kirche uneins waren.

Anonyme Ansage

Von Amts wegen gehören Papierlose nicht dazu. Werden sie dennoch beachtet, gelten sie vielfach explizit als Nicht-Zugehörige.



Gegenüber Menschen mit geregelter Aufenthaltsstatus sind jene ohne einen solchen nahezu in sämtlichen Belangen des Lebens im Nachteil. Bedenklich ist schon das Beispiel Unterkunft. So ist es etwa verboten, Menschen ohne Papiere Unterschlupf zu gewähren. Doch mittlerweile diskutieren Institutionen verschiedener Städte (z. B. Köln und München) auf kommunaler Ebene immerhin zaghaft über dieses und andere mit der Illegalisierung zusammenhängende Probleme wie etwa die Frage der medizinischen Versorgung. Vor Ort treffen die unterschiedlichsten Beratungsstellen immer wieder auf Menschen ohne Papiere. Dabei tritt stets aufs Neue die Frage auf, was ihnen im Umgang mit dieser Klientel überhaupt erlaubt ist. In regionalen Zusammenhängen muss also ernsthaft diskutiert werden, welche Möglichkeiten derartigen Beratungsstellen – nicht zuletzt auch finanziell – zu eröffnen sind, damit eine effektive Hilfe stattfinden kann.

National definierte Zugehörigkeitsvorstellungen beeinflussen noch immer die von der Politik forcierte bessere gesellschaftliche Stellung als einheimisch geltender Teile der Bevölkerung. Außerdem dienen sie einer standortnationalistischen Argumentation nach welcher Immigration Regeln unterliegen soll, die noch stärker wirtschaftlichen Kriterien folgen und entsprechend weniger starr ausfallen. Auf diese Weise werden MigrantInnen weiterhin die unteren gesellschaftlichen Plätze zugewiesen. Am Beispiel der für illegal erklärten Migration wird dies besonders deutlich. Für die als alteingesessen betrachteten Bevölkerungsteile bleibt so die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs gewährleistet. Der Politik schwebt dabei die Aufrechterhaltung nationaler Zugehörigkeitsvorstellungen, letztlich eine bestimmte Bevölkerungszusammensetzung vor.

Einige Wirtschaftszweige greifen gerne auf Illegalisierte als billige Arbeitskräfte zurück: Die Ware kann günstig angeboten werden, weil sie günstig produziert werden kann. Die Wirtschaft setzt zunehmend auf Billiglöhne, wobei die Situation Papierloser leicht ausgenutzt werden kann, um das Lohnniveau niedrig zu halten. Solange sie zur Verfügung stehen, sind Arbeitskräfte kostengünstig zu haben. Die Gesetzeslage bringt also eine weitgehend rechtlose Minorität hervor, welche für die Gesellschaft durchaus relevant ist, weil sie eine Nachfrage nach preiswerter Arbeitskraft bedient.

Das Vorhandensein von Papierlosen führt die Intention der strengen Gesetzgebung und der Kontrolle von Grenzen ad absurdum. Migration nach amtlichem Ermessen zu leiten, bleibt ein unerreichbares Ziel. Soziale Zusammenhänge beachten bestehende Grenzen beim Bilden von Netzwerken nämlich immer weniger. Im Globalisierungszeitalter finden sie vermehrt Wege, kosmopolitisch vorzugehen.

Die Bevölkerung greift gesellschaftliche Rahmenbedingungen auf und entwickelt, entsprechend der eigenen gesellschaftlichen Stellung, ihre eigene Lesart. In der Bundesrepublik fällt die Rechtslage für verschieden definierte Bevölkerungsgruppen (beispielsweise Menschen mit bzw. ohne EU-Pass) unterschiedlich aus. So wird eine Rangfolge installiert, der zuunterst sich die in beinahe gänzlicher Rechtlosigkeit lebenden Illegalisierten wiederfinden. Im alltäglichen Leben nimmt sich die Bevölkerung dieser Hackordnung an und legt sie auf eigene, vielfältige Art aus: Die Denkweisen über MigrantInnen ohne geregelten Aufenthaltsstatus bewegen sich zwischen den Polen einer gänzlich ablehnenden Haltung und hilfsbereitem Wohlwollen.

Hilfsbereitschaft zeigen in erster Linie private Netzwerke: So etwa im Falle eines Diabetes-Patienten, der in ein Land abgeschoben wurde, in dem sich die benötigte Medizin nicht verschaffen ließ. Die Situation wurde für ihn zur tödlichen Bedrohung. Erst die durch Privatpersonen von Deutschland aus organisierte Hilfe konnte diese noch rechtzeitig abwenden.

Gegen Ende der 1990er kam es unter dem Motto „Kein Mensch ist illegal“ zu einer Vernetzung antirassistischer Gruppen, die sich mit dem Thema Illegalisierung beschäftigten bzw. Kontakte zu Papierlosen pflegten. Sie forderten öffentlich dazu auf, Menschen ohne Papiere zu helfen. Daraufhin wendeten sich immer mehr Menschen bei dem Netzwerk, die bereits illegalisiert waren oder denen Illegalisierung drohte und sich dem Projekt anschließen wollten. Der Zusammenschluss konnte das Thema für eine Zeit lang auch in den Medien öffentlich machen und eine grenzüberschreitende Vernetzung von AktivistInnen erreichen, etwa mit der Bewegung der „Sans Papiers“ in Frankreich. Die Erfahrung der AktivistInnen in der BRD hat gezeigt, dass die Be-

hören, die im Umgang mit Illegalisierten auch Ermessensspielräume haben, diese am ehesten zugunsten der Betroffenen nutzen, wenn ihnen eine möglichst breite zivilgesellschaftliche Unterstützung zuteil wird.

Letztere kann es auch ermöglichen, sich inkognito zu äußern. Die anonyme Aussage lautet dann zumeist: Recht auf Mitsprache. Illegalisierte melden verantwortungs- und selbstbewusst ihre Zugehörigkeit als vorhandener Teil der Gesellschaft an: „Ich arbeite jetzt schwarz und zahle somit auch keine Steuern für die Region. Aber wenn ich hier eine richtige Aufenthaltserlaubnis bekäme, könnte ich auch normal arbeiten und Steuern zahlen. Ich möchte gerne wie ein ganz normaler Mensch in Deutschland leben. Keine Angst vor Polizeikontrollen und wegen der Krankenhäuser haben.“ (Tri) „Berlin ist zu meiner Stadt geworden. Ich würde sehr gerne hier normal arbeiten und leben“ (Agnieszka).

Daniel Jostens Dissertation über Migrantische Selbstorganisation erscheint mit dem Titel „Die Grenzen kann man sowieso nicht schliessen“ im Juni 2012 im Verlag Westfälisches Dampfboot.

Literatur etc.:

- Alt, J. 2003: Leben in der Schattenwelt, Karlsruhe
AutorInnenkollektiv 2000: Ohne Papiere in Europa, Berlin/Hamburg
Beisbart, A. 2003: Zur Situation von Papierlosen in Deutschland und den Möglichkeiten sozialpädagogischer Intervention, www.aha-bueren.de/ohnepapiere/diplomarbeit.pdf (zuletzt: 15. 9. 2008), Bielefeld
Berkenbusch, A./Haustein, S./Kühne, F./Renner, B. (Hg.) 2008: Geschlossene Gesellschaft, Burg Giebichenstein Hochschule für Kunst und Design, Halle
Bicker, B. 2009: Illegal, München
Cohen, R. 1992: Bürger, Eingebürgerte und Heloten, In: Blaschke, J./Germershausen, A.: Sozialwissenschaftliche Studien über das Weltflüchtlingsproblem. Band 1, Berlin, S. 53-74
Diaz, V./Arnold, A. 2001: Unter Deutschen leben. Interview mit einer Latina ohne Papiere, In: Ohne Papiere/ila 250, www.ila-bonn.de/artikel/250unter.htm (zuletzt: 18. 7. 2011)
Dreher, S. 2003: Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat?, In: Hunger, U./Santel, B. (Hg.): Migration im Wettbewerbsstaat, Opladen, S. 13-31
Düvell, F. 2002: Die Globalisierung des Migrationsregimes, Berlin/Göttingen/Hamburg
Heck, G. 2008: „Illegale Einwanderung“, Münster
Hutter, F.-J. 2003: No rights, Berlin
Jugendclub Courage Köln e. V. et al. 1997: „... ich möchte nicht mehr sitzen hier für Deutschland!“ Reader zur Ausstellung über Flüchtlinge und Abschiebehaft in Deutschland, Köln
Kieser, A. 2001: Rentabel und verfolgt. Illegale und die deutsche Debatte über Einwanderung, In: Tolmein, O. (Hg.): Besonderes Kennzeichen: D, Hamburg, S. 48-71
ders. 2008: „Wer nicht mitfährt, wird verhaftet“, In: Stadt Revue, Ausgabe 01/08, Köln, S. 14
Moreno, M./Bayer, S. 2005: Sie nahmen mir die Freiheit. Geständnisse einer Illegalen, München
Ören, A. 1983: Bitte nix Polizei, Frankfurt/M.
Pries, L./Sezgin, Z. (Hg.) 2010: Jenseits von ‚Identität oder Integration‘, Wiesbaden
Römhild, R. 2004: Global Heimat Germany. Migration and the Transnationalization of the Nation-State, In: Transit 1(1), <http://escholarship.org/uc/item/57z2470p> (zuletzt: 18. 7. 2011)
dies. 2005: Nach der ‚Gastarbeit‘: Transitgesellschaft Europa, In: Kölnischer Kunstverein et al. (Hg.): Projekt Migration, Köln, S. 92-97
dies. 2007: Migranten als Avantgarde?, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Ausgabe 5/07, Berlin, S. 618-624
dies. 2008: Alte Träume, neue Perspektiven, In: Goethe-Institut e. V. (Hg.): Migration und Integration – Dossier: Kulturen in Bewegung – Kulturelle Globalisierung, <http://goethe.de/ges/pok/prj/mig/kgi/de3298933.htm> (zuletzt: 24. 4. 2010)
Sassen, S. 1997: Migranten, Siedler, Flüchtlinge, Frankfurt/M.
Scobel, G. et al. 2010: scobel, Thema: Illegal in Deutschland, ZDF/3Sat, TV-Sendung vom 10. Juni
Stobbe, H. 2004: Undokumentierte Migration in Deutschland und den Vereinigten Staaten, Göttingen

KEIN HAIDER FÜR DEUTSCHLAND

Der bundesweite Erfolg einer Rechtsaußenpartei in Deutschland lässt weiterhin auf sich warten, ganz im Gegensatz zu unseren europäischen Nachbarn. Eine Suche nach Gründen und Ursachen.



Von
Alexander
Naniev

Bei keiner Partei steht der elektorale Erfolg und die Medienpräsenz in einem so krassen Gegensatz wie bei der NPD. Trotz dilettantisch anmutendem Politikgebaren, absoluter Unprofessionalität – durch keinen „so gut“ verkörpert, wie durch den Trierer NPD-Vorsitzenden Safet Babic – und zu meist katastrophaler Wahlergebnisse schafft es die Partei regelmäßig auf die Seiten zahlreicher Zeitungen und in den Fokus der Politik. Dabei schwankt die Darstellung der NPD zwischen einer im Grunde der Lächerlichkeit preisgegebenen Partei und der größten Bedrohung in der gegenwärtigen Bundesrepublik. Die Wahrheit liegt wie immer irgendwo dazwischen: Während es die NPD bei den letzten beiden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen auf jeweils 0,7% bzw. 0,5% brachte, deutlich unter ihren Erwartungen blieb und damit zu einer unbedeutenden Kleinstpartei degradiert

wurde, schaffen es zwei der ostdeutschen Landesverbände regelmäßig über die 5%-Hürde. Zuerst in Sachsen und schließlich in Mecklenburg-Vorpommern gelang der NPD ein „historischer“ Wiedereinzug in die beiden Landtage. „Historisch“ deswegen, weil es der Partei bereits in den 1960er Jahren gelungen war, in zahlreiche Parlamente einzuziehen – nur um bereits nach einer Legislaturperiode wieder in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Nicht so in Schwerin und Dresden: Hier baute die NPD - vom Steuerzahler finanziert - dauerhafte Strukturen auf und schaffte es, sich in einigen Regionen der jeweiligen Bundesländer fest zu verankern. Der Verfassungsschutz trägt diesem Umstand Rechnung, in dem er von der NPD als vom „Gravitationsfeld des Rechtsextremismus“ in Deutschland spricht.

Nach dieser kurzen Einschätzung der Gesamtlage der NPD drängt sich der

Eindruck auf, dass die Partei bis auf punktuelle Erfolge eine Randerscheinung des politischen Betriebs darstellt und dennoch häufig im Mittelpunkt von gesellschaftlichen, politischen und medialen Diskursen steht. Insbesondere im europäischen Vergleich mag dies mehr als verwundern. In fast sämtlichen Staaten der Europäischen Union konnten Rechtsaußenparteien große Erfolge feiern und erreichten zum Teil sogar eine Regierungsbeteiligung. Dies steht in einem krassen Gegensatz zu der Situation der NPD in Deutschland, woraufhin sich also die Frage aufdrängt: Worin liegen die Gründe und die Ursachen für die geringen Erfolge der NPD auf dem deutschen Wählermarkt?

Globalisierung, Modernisierungsprozesse und ihre Folgen

Bei näherer Betrachtung offenbart sich ein komplexes Beziehungsnetzwerk zahlreicher Faktoren, die sowohl der NPD selbst, als auch dem Rahmen, in dem sie wirkt, zugeschrieben werden können. Wie in zahlreichen Meinungsforschungsstudien herausgearbeitet wurde, existiert in Deutschland ein nicht unwesentliches politisches Einstellungspotenzial, das einen günstigen Nährboden für rechte Agitation bildet. Das intensiv diskutierte Phänomen der Globalisierung und die damit verbundenen Modernisierungsvorgänge haben dabei eine tiefgreifende Wirkung auf die gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnisse in Deutschland und stehen dabei in einem direkten Zusammenhang mit der Zustimmung für Rechtsaußenparteien. Der Wandel der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen trägt durch Arbeitslosigkeit, Armut oder Strukturkrisen zu einer Verschlechterung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse bei und wird als absolute Deprivation bezeichnet. Darüber hinaus schüren sozialpolitische Reformen, sowie der Um- bzw. Abbau des Sozialstaates die Ängste vor einem sozialen Abstieg, vor Prekarisierung und einer gesellschaftlichen Exklusion, was auch als relative Deprivation bezeichnet wird. Besonders gefährdet sind dabei Menschen mit einer niedrigen Qualifikation und geringer formaler Bildung. Ein drittes Phänomen, was mit Modernisierungsprozessen in engem Zusammenhang steht, bilden Desintegrationsvorgänge - charakterisiert durch die Auflösung soziokultureller Milieus sowie traditioneller Bindungen. Dies wird in der Forschung mit der Entstehung von sozialer Verunsicherung, Ohnmachtsstellung und Statusängsten in Zusammenhang gebracht. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die beschriebenen Folgen der Modernisierungsvorgänge zu einer gesteigerten Nachfrage nach rechten Inhalten beitragen.



Besondere Bedingungen in den Neuen Bundesländern

In Deutschland werden die negativen gesellschaftlichen Folgen in den Neuen Bundesländern verstärkt, so dass hier im bundesweiten Vergleich besonders günstige Rahmenbedingungen für Parteien des Rechtsaußenspektrums entstanden sind. Die ostdeutschen Regionen haben zudem große strukturelle Defizite, verfügen über eine deutlich schwächer ausgeprägte Zivilgesellschaft und zeichnen sich durch ein höheres Maß an sozialem Protestpotenzial aus.

Die NPD versucht von diesen günstigen Faktoren zu profitieren, indem sie ihre Strategie den speziellen Gegebenheiten angepasst hat: Seit der richtungsweisenden Wahl des ehemaligen Vorsitzenden Udo Voigt im Jahr 1996 konzentriert sich dort das Gros der verfügbaren Parteiresourcen. Auch hinsichtlich ihrer ideologischen Ausrichtung setzt die NPD auf neue Agitationsformen, indem sie deutlich nachfrageorientierter agiert. Inhaltlich wurde die „soziale Frage“ in den Mittelpunkt gerückt und bildet im Kontext

der Anti-Globalisierungspropaganda den gegenwärtigen Schwerpunkt der Parteiprogrammatik. Darin gelingt der Partei die Verschränkung von klassischen rechten Themen - wie Überfremdung und Antisemitismus - mit einer auf sozialen Protest hin ausgerichteten Haltung. Das ohnehin schwache zivilgesellschaftliche Gerüst in den Neuen Bundesländern versucht die NPD durch die Errichtung und den Ausbau alternativer Strukturen zu unterlaufen und treibt dabei die sogenannte „Faschisierung der Provinz“ voran. Unterstützt wird dieses Vorgehen durch die lokale Arbeit von NPD-Kommunalpolitikern, die seit dem Wegfall der 5%-Hürde zunehmend Einzug in die lokalen Parlamente gefunden haben. Als logistische Brückenköpfe dienen dabei die beiden Fraktionen im Schweriner und Dresdner Landtag, sowie die Bundesparteizentrale in Ost-Berlin.

Parteieigene Faktoren

Das auf wenige Regionen der Neuen Bundesländer beschränkte, erfolgreiche Vorgehen der NPD kann allerdings nicht über die erheblichen Defizite bei den parteieigenen Faktoren hinwegtäuschen. Vor allem im Bezug auf die organisatorischen Aspekte offenbart eine Betrachtung der Partei deutliche Schwächen. Der offene Streit um den Parteivorsitz, sowie die ideologische und programmatische Ausrichtung hat die erheblichen innerparteilichen Spannungen aufgezeigt. Darüber hinaus herrscht nach wie vor ein empfindlicher Mangel an qualifiziertem Personal, weswegen die NPD zum Einsatz von Reisekadern gezwungen ist. Die eklatante Verschuldung trägt zu einer erheblichen Einschränkung des Mobilisierungspotenzials bei und ermöglicht lediglich punktuelle Schwer-

punktkampagnen. Insgesamt führen die aufgezählten Mängel zu einer starken Limitierung des Wirkungsradius der Partei.

Entscheidend für den mangelnden Wahlerfolg der NPD ist jedoch das unprofessionelle Verhalten ihrer Parteimitglieder. Entgegen den Ankündigungen durch seriöse und gegenwartsorientierte Politik den „Marsch in die Mitte“ anzutreten, reißen die negativen Schlagzeilen über die intensiv im Blickfeld der Öffentlichkeit stehenden Parteivertreter nicht ab. Dazu zählen neben internen Skandalen wie der Finanzaffäre um den ehemaligen Schatzmeister Erwin Kemna, vor allem rassistische, revisionistische und antisemitische Ausfälle. Die menschenverachtende Weltanschauung wird neben deutlichen NS-Bezügen in der Parteiprogrammatik auch in der engen Zusammenarbeit mit den offen neonazistischen und gewaltbereiten Mitgliedern

der Freien Kameradschaften offenbar. Die Aufgabe der Abgrenzungspolitik gegenüber diesen Kreisen ab dem Jahr 1996 bewirkte zum einen den Aufstieg der NPD aus der Bedeutungslosigkeit zum „Gravitationsfeld des Rechtsextremismus“. Zum anderen aber verhindert sie - als Beweis der ideologischen Rückwärtsgewandtheit der Partei - die nachhaltige Etablierung in den Alten Bundesländern und auf Bundesebene.

Politische Kultur als entscheidendes Hindernis

Die Gegenüberstellung der erfolgsfördernden und der erfolgshemmenden Faktoren für eine Etablierung der NPD auf Bundesebene lässt folgenden Schluss zu: Die speziellen Merkmale der politischen Kultur stehen einer dauerhaften Etablierung der NPD im Weg. Durch den eindeutig positiven Bezug der NPD auf den Nationalsozialismus ist die Partei vor dem Hintergrund des historischen Erbes Deutschlands gesellschaftlich und politisch geächtet. Dies macht nicht nur eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien auf der politischen Ebene unmöglich, sondern hat auch gravierende Auswirkungen auf den alltäglichen Po-



litikbetrieb: Hoteliers verweigern Übernachtungsmöglichkeiten, Städte Versammlungsorte und Parteimitglieder werden auf Grund ihrer Gesinnung fristlos entlassen. Ob dieses Vorgehen einen antifaschistischen Hintergrund hat oder lediglich aus der Angst heraus resultiert als NPD-freundlich zu gelten sei dahin gestellt. Denn allein die mögliche Nähe zur gewaltbereiten Partei und ihrer menschenverachtenden Ideologie ruft eine verstärkt negative Medienaufmerksamkeit hervor, die mit wirtschaftlichen Einbußen einhergehen kann.

Den Grund für das Unvermögen der Partei sich von diesem negativen Image zu lösen, benennt der ehemalige Parteivorsitzende Udo Voigt wie folgt:

„Schielen wir nicht gen Westen nach vorüberziehenden vereinzelt Wahlerfolgen unter Aufgabe unserer eigenen Weltanschauung. Die NPD muß eine politische Weltanschauungspartei bleiben. Die NPD ist Teil des nationalen Widerstandes und ein Mittel auf dem Weg zum Ziel eines freien und souveränen Volkes, (...) eines neuen Deutschlands (...).“

Wie dieses Zitat demonstriert stehen Wahlerfolge für die rechtsextreme Partei nicht im Fokus ihres Wirkens. Sie verfolgt das darüber hinaus gehende Ziel der grundsätzlichen Umgestaltung Deutschlands nach ideologischen Grundsätzen, die dem historischen Nationalsozialismus sehr nahe kommen. Aufgrund ihrer menschenverachtenden Programmatik wird sie auf der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ebene durch demokratische Akteure aller Lager bekämpft. Nichtsdesto-



Problematisches Personal. Teilnehmer einer NPD-Kundgebung in Trier im März 2012.
© Calin Kruse

trotz ist es der NPD gelungen, sich in manchen Regionen der Neuen Bundesländer zu etablieren. Dieser Erfolg gründet zum einen auf den bereits genannten regional, strukturellen Defiziten wie Arbeitslosigkeit, zum zweiten auf der Schwäche der demokratischen Gegenkräfte. Die Tatsache, dass es der Partei in nur wenigen Landstrichen gelungen ist sich zu etablieren, macht sie nicht weniger gefährlich. Denn an diesem Beispiel wird deutlich, dass bei einer günstigen Konstellation ein weiteres Vordringen der NPD möglich ist. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Ursachen und Gründe für die Hinwendung der Wähler zur NPD auszumachen und ihnen entgegenzuwirken, um der menschenverachtenden Ideologie der Partei den Nährboden zu entziehen.

Die bisherige Schwäche der NPD geht im Wesentlichen auf die speziellen Merkmale der politischen Kultur in Deutschland zurück und aus diesem Grund ist es

von höchster Bedeutung, die kompromisslos ablehnende Haltung gegenüber allen rechten Tendenzen aufrechtzuerhalten und zu verstärken.

„DANN MUSS ES ZU EINER NEU- AUSRICHTUNG KOMMEN“

Die *Grenzwertig* traf Triers Polizeipräsidenten Lothar Schömann und sprach mit ihm über Konsequenzen aus dem NSU-Terror, bürgerlichen Protest und die Schönheit der Körperschutzausstattung.

Interview
von Fabian
Jellonnek

Grenzwertig: Nach einer Auflistung der Amadeu-Antonio-Stiftung gab es in Deutschland 182 Todesopfer rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung. Die offiziell zählt man rund 50 Opfer. Mit welchen Zahlen arbeiten Sie?

Lothar Schömann: Richtig, es gibt verschiedene Zahlen. Ich kenne auch die Zahl 182. Egal, welche Quelle wir nehmen: Es sind doch eindeutig zu viele. Allein 2010 hatten wir bundesweit 6 versuchte Tötungsdelikte durch Rechtsradikale, auch das ist schon zu viel.

Woher kommt denn eigentlich diese Diskrepanz zwischen den Quellen?

Lothar Schömann: Wir haben von offizieller Seite eine klare Definition, was als politisch motivierte Gewalt eingestuft wird. Ich nehme an, dass bei den 182 gezählten Morden auch welche dabei sind, bei denen man den Hintergrund nicht eindeutig feststellen konnte.

Wie sieht denn ihre Definition aus? Ab wann sprechen Sie von politisch motivierter Gewalt?

Lange Zeit wurde mit dem Extremismusbegriff gearbeitet. Damit sind Straftaten und Aktivitäten erfasst, die darauf zielen unsere staatliche Ordnung zu überwinden. Aber wir haben in der Vergangenheit festgestellt, dass wir damit nicht differenziert genug auf die Taten schauen können. Deshalb wurde die Kategorie politisch motivierter Straftaten eingeführt.

Wie sehen politisch motivierte Straftaten aus?

Darunter fallen Gewaltdelikte von Körperverletzung bis Mord aber auch Staatsschutz-Delikte. Staatsschutz-Delikte sind beispielsweise Propagandadelikte. Also das Tragen Verfassungsfeindlicher oder nationalsozialistischer Symbole. Die Propagandadelikte machen den größten Anteil bei den politisch motivierten Straftaten aus.

Also zum Beispiel das Tragen eines Hakenkreuzes oder der Hitlergruss, Ja, aber nicht jedes Hakenkreuz ist politisch motiviert.

Wenn beispielsweise das Auto einer Stadträtin mit Hakenkreuzen beschmiert wird, wie wird das von polizeilicher Seite eingestuft?

Entscheidend ist, dass wir den Täter ermitteln können und ihm ein politisch Motiv nachweisen können.

Moment, da möchte ich nachbaken. Heißt das nicht im Prinzip, dass nur der Täter durch Erklärung seines Motivs dafür sorgen kann, dass eine Straftat als rechts eingeordnet wird?

Wir sitzen hier natürlich nicht auf eine Erklärung wartend und machen dann unser Häkchen. Die Begleitmusik spielt eine entscheidende Rolle. Die Auswahl des Opfers oder das Objekt der Sachbeschädigung sind beispielsweise Kriterien, die wir bei der Einstufung berücksichtigen. Es kommt auch vor, dass Taten unaufgeklärt bleiben und dennoch als rechtsradikal eingestuft werden.

Mal allgemein, wie Aussagekräftig sind die ganzen Statistiken über rechtsradikale Straftaten eigentlich?

Eingeschränkt. Diese Statistiken sind eben nur ein Konstrukt der Wirklichkeit. Viele Taten werden auch gar nicht zur Anzeige gebracht. Zum Beispiel weil die Opfer Angst haben. Konkret gesagt: Wahrscheinlich haben wir mehr rechtsradikale Straftaten als wir wissen. Aber das gilt auch für andere Bereiche der Kriminalität, beispielsweise häuslicher Gewalt.

Sprechen wir mal über Trier und Umgebung, welche Strukturen machen Ihnen aktuell am meisten Sorgen?

Beeindruckend, in negativer Hinsicht war die Chaos Crew. Die Gruppe umfasste 50-60 Leute. Die haben Konzertveranstaltungen durchgeführt mit über hundert Besuchern.

Sie sprechen in der Vergangenheit...

...ja, die führenden Köpfe der Chaos Crew sitzen derzeit in Untersuchungshaft. Seitdem hat die Aktivität der Gruppe deutlich abgenommen.

Die Gefahr ist also gebannt?

Sagen wir so, die Chaos Crew wäre auch jetzt noch aktiv, wenn die polizeilichen Ermittlungen zu keinem Erfolg geführt hätten. Die Rädelführer sitzen zwar in U-Haft, aber wir dürfen dieses Potential der Gruppe nicht vergessen. Grundsätzlich ist mir das wichtig: Es nützt nichts nur auf Mitgliederzahlen oder bestehende Gruppierungen zu schauen. Studien zeigen doch immer wieder, wie weit rechtsradikales Gedankengut in der Gesellschaft verbreitet ist. Das macht mir Sorge. Um es mit Brecht zu sagen: "Der Schoß ist fruchtbar noch". Einige wenige aktive Neonazis können innerhalb kurzer Zeit viele Menschen mobilisieren. Ähnlich ist es Anfang der 90er Jahre mit der massiven Gewalt gegen Fremde gelaufen.

Aktuell verbreitet die NSU-Mordserie Schrecken. Wie konnte diese Terrorzelle so lange unerkannt bleiben?

Ich war sehr erschüttert, als ich das erste Mal davon hörte. Als Polizeibeamter habe ich es nicht für möglich gehalten, dass eine solche Gruppe so lange verborgen bleibt. Da haben Fehleinschätzungen stattgefunden. Die Fehler der Sicherheitsbehörden müssen jetzt aufgearbeitet werden und dann muss es möglicherweise zu einer Neuausrichtung kommen.

Wird in der Sache aktuell in Trier ermittelt?

Nein zurzeit nicht. Aber die Ermittlungen stehen ja noch am Anfang. Wir können nicht ausschließen, dass es irgendwann auch ein Spur nach Trier gibt.

Safet Babic hat zu einer Kundgebung im Dezember die Kameradschaft Donnersberg eingeladen. Gegen diese Gruppe laufen aktuell Ermittlungen im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie. Wie schätzen Sie die Gefährdung ein, wenn solche Gruppen nach Trier kommen?

Babic lädt diese Gruppen ein, weil er offenbar auf sie angewiesen ist. Das ist so ein Rundreichen in der rechten Szene. Kommst du zu meiner Demo komm ich zu deiner. Natürlich kennen die sich untereinander. Wir sehen deshalb keine besondere Gefährdung. Aber wir beobachten natürlich aufmerksam ob die Schwelle zur Militanz sinkt.

JEDER ZWEITE EIN EINZELFALL?

Die Demos in Trier wirken häufig peinlich. Warum kommen die Gruppen von außerhalb dahin? Welche Bedeutung haben Demos für diese Szene?

Demonstrationen sind das Korsett der rechten Szene. Die halten die Leute zusammen. Man darf das nicht unterschätzen. Wir haben hier in Trier viele, wenn auch kleine NPD Aktionen. Die Gegendemos sind personell im Vergleich zu anderen Städten schwach. Der bürgerliche Protest scheint hier in Trier nicht den Zulauf zu finden. Die Bürger versäumen es damit ein klares Zeichen gegen Rechts zu setzen. Als Staatsbürger finde ich das sehr schade. Gerade in diesen Zeiten ist ein starker bürgerlicher Protest notwendig.

Woran liegt es Ihrer Meinung nach, dass die Bürger sich nicht aufrufen?

Die Rechte Szene verhält sich opportunistisch zu Gewalt. In ihren öffentlichen Auftritten geben die sich bieder. Von Seiten der Gegendemonstranten fliegen ab und an Wurfgeschosse. Das schreckt die Bürgerinnen und Bürger ab. Ich kann verstehen, dass



NPD-Aufzüge als Provokation aufgefasst werden, wenn die mit Fackeln aufmarschieren und ihre Parolen gröhlen. Aber das rechtfertigt keinesfalls Gewalttätigkeiten durch Gegendemonstranten.

Da würde ich Ihrer Einschätzung widersprechen. Die Polizei sperrt doch bei NPD-Demos alles ab. Die Beamten tragen gepanzerte Schutzkleidung und es wird gefilmt. Dadurch wird doch dem Bürger suggeriert, wenn du dich hier nur hinstellst machst du dich verdächtig. Also, sind nicht die Polizeieinsätze daran Schuld, dass der Gegenprotest so klein ausfällt?

Ich verstehe ihre Frage. Die Körperschutzausstattung ist tatsächlich nicht schön. Wir arbeiten daran, dass Absperrungen nicht allzu sehr einschränken. Aber wir machen das doch nicht aus Spaß. Wir können auf martialische Ausstattung nur verzichten, wenn auf Gewalt verzichtet wird. Aber wie gesagt, wir würden gerne abrüsten. Ich bin zum Dialog bereit. Man kann im Vorfeld der nächsten Aktion gerne mit mir reden. Dann können wir schauen, ob eine Reduzierung möglich ist, wenn alle Seiten sich an Abmachungen halten.

Herr Schömann, vielen Dank für das offene Gespräch.

1 Polizeipräsident Lothar Schömann
© Polizeipräsidentium Trier
2 Abschreckend, provozierend und unverhältnismäßig oder notwendig?
Polizisten in voller Montur überwachen eine Anti-Nazi-Kundgebung in Trier. „Wir würden gerne abrüsten“ sagt Lothar Schömann
© Calin Kruse

Von Stefanie Herberg und Pit Reinesch

Am 18. August 2011 beschloss der rheinland-pfälzische Landtag die Aufhebung der Residenzpflicht für Menschen, die sich im laufenden Asylverfahren befinden. Residenzpflicht bedeutete für Asylbewerber, dass sich diese nur innerhalb des ihnen zugewiesenen Landkreises aufhalten und nur mit Begründung und auf Antrag ihren Landkreis verlassen konnten. Sie wurden damit den Geduldeten gleichgestellt, die sich innerhalb von Rheinland-Pfalz frei bewegen können - auf dem Papier. Eine Anfrage der *Grenzwertig* stellte allerdings fest, dass in der Praxis jedoch die Geduldeten häufig einer Beschränkungen ihres Aufenthalts auf den Landkreis ausgesetzt sind, sprich der Residenzpflicht.

Die *Grenzwertig* verschickte im Oktober vergangenen Jahres eine Presseanfrage an alle rheinland-pfälzischen Landkreise, mit der zentralen Frage, ob der Aufenthalt durch Auflagen zusätzlich

eingeschränkt wird. Von insgesamt 24 Landkreisen und 12 kreisfreien Städten gaben lediglich 9 Auskunft: Bad Kreuznach, Bernkastel-Kues, Bitburg-Prüm, Cochem-Zell, Gernersheim, Kaiserslautern, Mayen-Koblenz, Rhein-Hunsrück und Südwestpfalz.

Fünf der befragten Kreise gaben an, dass sie keine weiteren Auflagen zur Beschränkung des Aufenthaltes machen, die Geduldeten sich folglich im gesamten Bundesland aufhalten konnten. In Bad Kreuznach gibt es grundsätzlich keine Beschränkungen - bis „auf einige wenige Fälle“. „Einzelfälle“ heißt es auch in der Antwort aus Cochem-Zell. Dass dort 2010 insgesamt in 120 Fällen eine Sondererlaubnis für das Verlassen des Landkreises ausgestellt wurde (bis Anfang Oktober 2011: 79), zeigt wie dehnbar der Begriff Einzelfall benutzt wird. Im Landkreis Bitburg-Prüm waren zum Zeitpunkt der Befragung etwa 70 Perso-



Wenn der Landkreis zur Insel wird, die Mensch nicht verlassen kann, dann ist Mensch von der Residenzpflicht betroffen.
Illustration: Dario Herold

nen betroffen, wobei „ein vorübergehender Aufenthalt im gesamten ehemaligem Regierungsbezirk Trier gestattet ist“. Im Rhein-Hunsrück-Kreis wurde der Aufenthalt auf den Regierungsbezirks Koblenz beschränkt. Nach eigener Aussage wurde dies im Zuge der Aufhebung der Residenzpflicht geändert, wovon waren etwa 60 Personen betroffen waren.

Teil der Anfrage der *Grenzwertig* war, die Ermittlung der prozentualen Zahl derer die im Duldungsstatus unter den Residenzpflicht-Auflagen leben müssen. Diese Frage nach dem Verhältnis von Geduldeten ohne Beschränkung zu Geduldeten mit Beschränkung wurde von keinem Landkreis beantwortet. Stellen wir eine kleine hypothetische Rechnung auf: Im Jahr 2010 lebten nach offiziellen Angaben 3.036 Geduldete in Rheinland-Pfalz¹, im Jahr 2005 waren es noch 6791. Bis zum selben Datum gab es im Rhein-Hunsrück-Kreis 244 Menschen mit Duldung². So wie sich die Zahl der Duldungen in Rheinland-Pfalz mehr als halbiert hat, könnte dies auch für den Rhein-Hunsrück-Kreis angenommen werden, folglich vermuten wir eine Zahl von 120. Da nach eigenen Angaben 60 Menschen beschränkten Aufenthalt haben, wäre in diesem Kreis nach unserer Hypothese jeder zweite Mensch, der mit einer Duldung lebt, betroffen. Selbiges könnte für den Landkreis Bitburg-Prüm festgestellt werden.

Begründet werden die zusätzlichen Auflagen meistens mit mangelnder Kooperation bei der Passbeschaffung. Dabei ist dies als alleinige Begründung für die Residenzpflicht bei Menschen im Duldungsstatus nicht legal. So urteilte der bayerische Verwaltungsgerichtshof bereits 2006:

„Sie (Die Auflagen zur Beschränkung des Aufenthalts auf den Landkreis [Anm. d. Red.]) müssen aufenthaltsrechtlich erheblichen Zwecken

dienen und in diesem Sinne sachgerecht sein, also nicht im Widerspruch zum Zweck der Duldung stehen und die verfassungsrechtlichen Vorgaben wahren, was insbesondere dann nicht mehr der Fall ist, wenn sie in erster Linie Sanktionscharakter haben und sich vornehmlich als schikanös darstellen.“

Viele Landkreise nannten deshalb als weitere Begründung war die verstärkte Kontrollmöglichkeit über eine Person, die „untergetaucht war“ oder sich „nur sporadisch in der Wohnung“ aufhielt oder „gegen die räumlichen Beschränkungen verstoßen“ hatte. Letztendlich ist es aber nur eine weitere repressive Maßnahme, um die Menschen zur Ausreise zu bewegen oder in die Illegalität zu drängen – aber auch um die Autorität der Ausländerbehörden wieder herzustellen.

Einige der Landkreise verlangten Gebühren für eine Sondererlaubnis zum Verlassen des Residenzbereiches in Höhe von 10 Euro. Der Kreis Bitburg-Prüm vermerkt mit einem Hinweis auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Halle das keine Gebühren mehr erhoben werden. Dieses am 26. Februar 2010 gefällte Urteil erklärt die Gebühren für die Erteilung einer Verlassenserlaubnis für rechtswidrig. Am 26. Oktober 2011 bestätigte das Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt in Magdeburg das Urteil des Verwaltungsgerichtes Halle. Einige Landkreise nahmen dieses Urteil wohl nicht zur Kenntnis und kassieren munter weiter ab. Die Einnahmen, die durch die Gebühr entstanden, beziffern sich im Kreis Bernkastel-Wittlich auf 520 Euro für 2010 und bis zum Zeitpunkt der Anfrage im Oktober 2011 auf 500 Euro. Cochem-Zell nahm 2010

fast das Doppelte ein (1110 Euro) und brachte es in den ersten Monaten 2011 auf 800 Euro. Ein kleiner, aber gewiss gern gesehener Zuverdienst für die unterfinanzierten Kommunen. In Cochem-Zell wird gnädig von der illegalen Gebührenerhebung abgesehen, wenn Betroffene zum Rechtsanwalt oder zur Botschaft müssen.

In ihrer Anfrage stellte unsere Zeitschrift auch die Frage nach den Sanktionen bei einer Übertretung des Residenzbereiches. Es galt zu eruieren, ob es sich dabei aus Sicht der Landkreise lediglich um eine Ordnungswidrigkeit oder bereits um eine Straftat handele. Beantwortet wurde die Frage damit, dass es nicht im Ermessen der Ausländerbehörde liege: Der Erstverstoß ist eine Ordnungswidrigkeit und werde mit einem Bußgeld bestraft. Jeder weitere Verstoß ist immer eine Straftat. Die Krux: Nach einem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs vom 17. Februar 2009 ist die wiederholte Überschreitung des zugewiesenen Landkreises nicht strafbar, diese bleibt immer eine Ordnungswidrigkeit. Eine Straftat besteht nur beim mehrmaligen Verlassen des Bundeslandes. Auch in diesem Fall scheinen die Landkreise also die Gesetzeslage zu missachten.

Die Befragung zeigt, dass es in einigen Landkreisen anscheinend systematisch zur Beschränkungen des Aufenthalts von Geduldeten kommt. Wir fordern folglich das Ende solcher Maßnahmen; wir fordern nicht nur, die Bewegungsfreiheit für Menschen im laufenden Asylverfahren und für Geduldete innerhalb eines Bundeslandes, wir wollen, dass Menschen, die hier Schutz suchen, sich in ganz Deutschland frei und ohne Angst bewegen können. Das Engagement, der neuen Integrationsministerin Irene Alt begrüßen wir ausdrücklich. Unter anderem war die Aufhebung der Residenzpflicht für Asylbewerber ein Schritt in die richtige Richtung. Die Integrationsministerin muss allerdings aus unserer Sicht bei den Ausländerbehörden in den Landkreisen die Daumenschrauben andrehen.

Mit der systematischen Missachtung aktueller Rechtsprechung wird das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit einmal mehr mit Füßen getreten.

¹ Stichtag 31. August 2010, Bundestags-Drucksache 17/8311

² Infodienst des Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz Oktober 2005, Nr.63

Sich ausleben, mitteilen und verwirklichen – für uns ein Recht das Jede/r haben sollte. Man kann sagen ein Menschenrecht. Dieses Recht wollen wir nicht nur einfordern, sondern mit unserem Kulturteil garantieren und durchsetzen. Wir wollen jungen wie alten Autorinnen und Autoren die Möglichkeit geben sich in ihren Worten auszudrücken und ihr Talent mit unseren Leserinnen und Lesern zu teilen. Nichts Anderes gilt für unsere KünstlerInnen, die jede Ausgabe mit ihren eigenen Interpretationen anderer Leute Texte bereichern.

Die freie Entfaltung von Text und Kunst; möge sie auf unseren grünen Seiten gelingen!

KULTURTEIL

Dawood Nayebzada kam im April 2011 als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling aus Afghanistan nach Deutschland. Demnächst besucht er in Kaiserslautern die 11. Klasse eines Gymnasiums. Hut ab.

Stefanie Herberg fiel in der *Grenzwertig* bislang durch ihre meist kritischen Buchbesprechungen auf. In dieser Ausgabe setzt sie sich mit einer Kurzgeschichte selbst der Kritik aus.

Kalle Nuro ist eine Kunstfigur aus

dem nie fertig gewordenen Roman „Kalle Nuros Ozean“ von Fabian Jellonnek. Da die Geschichte des Expeditionsreisenden wohl nie erzählt werden wird, darf er hier wenigstens von der Revolution in Ibraa berichten.

Dario Herold macht politische Plakate und studiert Kommunikationsdesign in Trier. Zur letzten *Grenzwertig* steuerte er ein Gedicht bei. Für diese Ausgabe illustrierte er anderer Leut's Werke. Besten Dank.

Heimat

aber
Mein Land ist Afghanistan
mein Heim ist nicht das
mein ist verloren
Ich hatte eine Mutter, besser als das Blütenblatt
aber
meine ist verloren
den Freunden, besser als die Brise am Morgen
aber
meine ist verloren

egal
Nun höre ich eine Stimme bekannt
egal
wo auch immer bist du,
wo auch immer lebst du
der Himmel ist deins,
das Fenster, die Luft, der Gedanke, die Erde sind deins

egal
dann
wo auch immer bin ich
der Himmel ist meins

– von Dawood Nayebzada



Namenlos

Nach langem Weg gelangte er an eine Mauer, deren riesiger Schatten die Erde verschluckte. Seine müden Augen blickten an den Steinen entlang, die keinen Durchlass zeigten.

Die Beine schwer vom Tragen seiner Last; der Körper gebeugt von Ruinen, von Schlägen – von Hunger und Durst, von Hitze und Kälte; das Gesicht, das eines Entseelten. Allein die Augen klammerten sich an das Leben. Sie erinnerten sich an das, was einst war, vor den Ruinen, vor den Schlägen. Und sie sahen das Land hinter der Mauer. Ein Land, dessen Boden nicht getränkt war mit Blut, dessen Brunnen gefüllt waren mit klarem Wasser, dessen Himmel nicht verdunkelt war durch den Rauch der Häuser, den Rauch des Fleisches. Sie sahen es und trieben ihn weiter. Er wandte sich der Sonne zu. Seine Finger berührten die kalte, raue Mauer und folgten dieser, während seine Augen das ferne, jenseitige Grün der Felder fraßen. Er ging – ob Minute oder Stunde, ob Tag oder Woche. Lied um Lied machte die Stille lauter.

Er fand ihn jedoch nicht, den Einlass. Er rutschte an den Steinen hinab und grub seine Knie in die dörre Erde. Seine Hände wurden zu Schaufeln, hoben den Boden heraus und türmten rechts und links größer werdende Haufen auf. Es zeigte sich nichts anderes als Stein und Stein und Stein – ein tiefes Fundament. Er hielt inne und blickte nach oben. Das Mauerwerk war aus unterschiedlichen Schichten; Gruppen von Gestein wechselten einander ab. Es schien, als hätte jede Generation an dieser Mauer gebaut.

Er zog sich mühsam hoch. Die Glieder seiner Hand erneut fest auf die Steine gepresst. Er ging weiter. Wie Sandpapier Holz rieb, so rieb der Stein die Haut an seinen Fingern; schabte sie langsam aber beharrlich in winzigen Fetzen ab. Das Blut quoll in kleinen Tropfen hervor, doch er bemerkte es nicht. Und seine Erinnerungen und sein Verlangen nach dem Grün rieben sich mit ab. Seine mutlosen Beine wurden lahmer; so langsam, dass er an einem Tag nur einen einzigen Schritt tun konnte. Die Augen waren fast blind geworden durch das Kochen in der Hitze, seine Ohren taub durch die Kälte des Schattens. Er vermisste die Ruinen, die einst ihm gehörten. Seine Stimme erklang nur noch im Schlaf.

Die Mauer zeigte sich unerbittlich; kein Spalt ließ den Duft des jenseitigen Lebens in die Höhlen seiner Nase. Ohne Atem brach er nieder. Die Erde wurde seine Ruhestätte und die Mauer sein Grabstein. Sie war es für viele seiner Art. Ungesehen von der anderen Seite.

– von Stefanie Herberg



Angesprochen auf den Tag der Revolution berichteten sie, wie ganz Ibraa in der Früh zum Amtssitz des Präfekten aufgebrochen war. Man konnte bereits aus der Ferne beobachten, dass rund um das Anwesen außergewöhnlicher Betrieb herrschte. Im Gutsschloss brannten alle Lichter und aus den Kaminen stieg der hellgraue, dichte Qualm von verbrennendem Papier. Man hörte die Pferde wiehern, Peitschen klatschen, die Hufen scharren. Flüche wurden gebrüllt, Kisten fielen, Dinge gingen zu Bruch.

Schon am Vorabend musste ein Bote aus der Provinzhauptstadt herbei geritten sein und den Präfekten über den unaufhaltsamen Verlust der Kapitale an die Revolution berichtet haben. Wahrscheinlich hatte man ihm auch erzählt, wie es den anderen Präfekten ergangen ist, wie sie tagelang in Bambuskäfigen an den Bäumen hingen und nur dann eine Schüssel Reis bekamen, wenn sie dem revolutionären Tribunal ihre Schandtaten gestanden. Die einen waren in den Käfigen verhungert, die anderen wenn nicht zum Tode, dann zu jahrelanger Haft verurteilt worden. Der Präfekt von Ibraa beschloss, noch ehe der Vortrag des Boten beendet war, augenblicklich mit den Vorbereitungen seiner Flucht zu beginnen. Er wies seine Sekretäre an, alle Unterlagen in die Öfen zu geben. Das Porzellan, die Füllfederhalter, die Anstecknadeln, der Schmuck der Gattin, alles, was im Exil gewinnbringend verhökert werden konnte, ließ er vom Gesindel in Kisten und auf Kutschen verladen.

Derweil rückte der Mob immer näher an das Gehöft des Präfekten heran. Der lokale Stellvertreter der Diktatur sah die Prozession der Dorfbevölkerung durch die verschnörkelten Jugendstilfenster seines Amtszimmers. Mit schweißbedeckter Stirn lief er nervöse Achten zwischen Wandregalen und dem massiven Schreibtisch.

In seinem Kopf ratterten die grausamen Befehle, ungerechten Urteile, der überzogene Protz und Prunk, die unzähligen Gelage mit den schönsten Töchtern Ibraas und all die verwerflichen Taten seiner Amtszeit wie eine Vorahnung auf seine erwartete Exekution.

Das flackernde Licht der Fackeln

und ihr rußiger Duft waren mittlerweile vor dem Tor der Präfektur angekommen. Der oberste Sekretär des Präfekten, ein pflichtbewusster Herr mit adeliger Statur und Vergangenheit, übernahm schließlich die Verantwortung. Er wies den Stallmeister an, die Tore zu öffnen. Der Sekretär erwartete Steine, Mistgabeln und zerbrochene Flaschen. Eine Erwartung, die sich in einem feuchten, sickernenden Fleck im Schritt seiner feinen Stoffhosen ankündigte.

Stattdessen blickte er in die fragenden, abwartenden Gesichter der geknechteten Dorfbevölkerung. Im Halbkreis belagerten sie das eiserne Tor.

Auf dem Hof waren klatschende Peitschenhiebe und unmittelbar darauf das Aufheulen der Pferde zu vernehmen. Ruckartig setzte sich die Kutsche mit der Familie des Präfekten in Bewegung, schnellte auf die Menge hervor und musste doch gleich wieder kapitulieren. Der Mob ließ den Pferdewagen nicht passieren.

Wieder war es der Sekretär, der sich um Auflösung der Situation bemühte. Mit übersteuerter, lauter Stimme rief er den Bürgern Ibraa's entgegen: „Was wollt ihr?“

Zaghaft reckte der Schuster seine Hand in den Himmel, trat aus der Menge hervor und überreichte dem Sekretär einen Fresskorb: Schließlich habe der Präfekt einen langen Weg vor sich. Danach öffnete sich der Halbkreis und formierte sich zu einer Art Spalier. Augenblicklich fasste der Sekretär den Korb, stammelte Unverständliches und sprang gerade noch rechtzeitig neben den Kutscher auf den Bock des startenden Wagens. Der Präfekt, seine Familie und der Sekretär wurden danach nie wieder in Ibraa gesichtet. Was aus ihnen wurde, ist unklar. In den Nachbarorten heißt es, die Tochter des Präfekten habe im amerikanischen Exil in zweifelhaften Filmen mitgewirkt.

Sechs Wochen später hielt man in Ibraa die ersten freien Wahlen ab. Es trat lediglich ein Kandidat an: Der Verwalter des Stadtarchivs. Er konnte lesen und schreiben, was nicht selbstverständlich war. Vor einigen Jahren war er wegen einer Kongressreise für eine Woche in die Hauptstadt gekommen. Niemand in

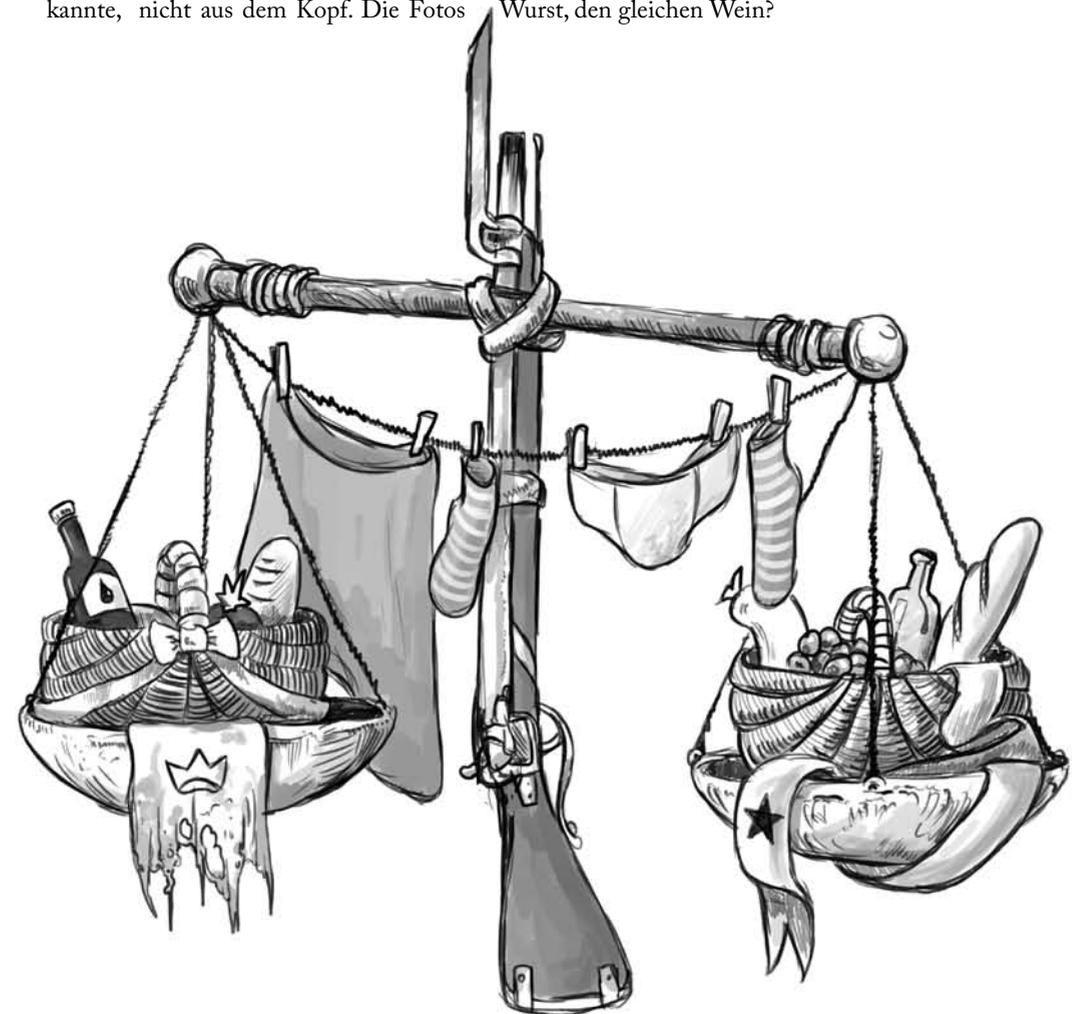
Ibraa hatte bessere Verbindungen in die Kapitale vorzuweisen. Außerdem galt er im Ort als besonnener Charakter. So war man sich in Ibraa schnell einig, dass man ihm die Kandidatur zum ersten Bürgermeister der Stadt überlassen sollte. Der Archivar erzielte auf Anhieb ein Traumergebnis von einhundert Prozent. Am Abend trat er aus seinem Haus heraus und dankte den gratulierenden Wählern für ihr Vertrauen. Diese wiederum waren der Überzeugung, dass Schulterklopfen und Händeschütteln nicht ausreichten, um ihrem ersten Bürgermeister zu gratulieren. Man hatte über den Tag einen opulenten Fresskorb als Geschenk zusammengestellt.

Kalle Nuro notierte all diese Erinnerungen für seinen Forschungsbericht. Einerseits fesselten ihn die Erzählungen der Provinzbewohner. Andererseits störte er sich an ihnen, ohne genau fassen zu können, was ihm missfiel.

Auf der Rückfahrt nach Ibraa gingen Kalle Nuro die Bilder der Revolutionäre, die er von historischen Fotografien kannte, nicht aus dem Kopf. Die Fotos

wurden in der Hauptstadt aufgenommen, just in dem Moment, als die demokratische Revolution ihren Sieg feierte. Kalle Nuro erinnerte sich an die schmächtigen Körper der Jurastudenten, Referendare und angehenden Mediziner, ihre Körper waren nicht für den Kampf gebaut. Er erinnerte sich an Arme in Baumwollschlingen, Augenklappen aus Leder und Pappe, nackte Oberkörper, deren Hemden tiefrot und zum Verband umfunktioniert Schusswunden bedeckten. Er erinnerte sich an die stolzen Gesichter, die hochgereckten Gewehre, an die Pappkartons, die man den steinernen Wappentiere der Diktatur über den Kopf gestülpt hatte. Er erinnerte sich an die lebendigen Augen der jungen Männer und Frauen, die ihre zerschundenen Körper aus den Fenstern der Gerichte und Verwaltungsgebäude streckten.

Und er konnte das Bild der Fresskörbe von Ibraa nicht aus seinem Kopf bekommen. Hatten sie Unterschiede gemacht? Bekamen der flüchtende Präfekt und der erste Bürgermeister die gleiche Wurst, den gleichen Wein?



BUCHKRITIKEN

Maxi Obexer: Wenn gefährliche Hunde lachen

Armut und Perspektivlosigkeit zu entfliehen fällt unter freiwilliges Verlassen der Heimat.

Helen, eine junge Frau aus dem Niger, landet deswegen in einem deutschen Asylheim. Für sie ist es die Endstation ihres Höllentrips nach Europa, es gibt kein Vor und kein Zurück. Das Heim ist wie ein Gefängnis, eine Fabrik psychischer Krankheiten.

Der Roman „Wenn gefährliche Hunde lachen“ erzählt, erschreckend real, die fiktive Geschichte der jungen Journalistin aus dem Niger, die ihre Heimat verlässt und nach Europa aufbricht. Europa ist für sie die Vision vom besseren Leben in Freiheit und Demokratie. Doch der Weg ins vermeintlich verheißene Land ist höllengleich. Endlich angekommen wird sie empfangen wie eine Schwerstkriminelle.

Täuschung, Ausbeutung, Erpressung, Prostitution. Vom Niger, über Totenfelder bis in die Sahara und von dort bis Marokko. Die Reise ist lang und risikoreich. Ein Alptraum für Helen und ihren Begleiter Benjamin, doch, wie Millionen andere, ist man gewillt alles zu geben. Das Versprechen an die Eltern sicher anzukommen bewegt zum Durchhalten. Die Vorstellung vom Leben in Europa wird zum einzigen Gedanken, der die junge Frau am Leben hält. Ein Studium beginnen, freie Journalistin sein und über die Situation in ihrer Heimat berichten können. Doch als die Vision vom perfekten Leben in Freiheit an den Mauern der Festung Europa zerschellt, zerbricht auch Helen selbst am durchlebten Leid und Hoffnungslosigkeit.

Das Buch erzählt ihre Reise an Hand von Dialogen, Rückblicken, Briefen und Zukunftsvisionen.

Die Dialoge zeigen dem Lesendem die Realität auf, während die Briefe beschönigte Berichte der Ereignisse sind. „Sag allen, es geht mir gut“, Schein und Lüge an die Familie, um sie vor der Wahrheit zu schützen. Beim Leser kommt Beklemmung auf, kennt man doch die Wahrheit die dahinter steckt. Im Laufe der Erzählung gleichen die Briefe mehr und mehr Selbstgesprächen, in denen die Fliehende unter falschem Namen versucht das Geschehene zu verarbeiten.

Der Roman setzt sich von anderen Bücher über Flucht und Migration ab, da er im Stil der Ich-Erzählung geschrieben ist. Der Lesende erfährt die Fluchtgeschichte so über eine neue, sehr viel persönlichere Ebene. Fakten und Hintergrundwissen werden vermittelt, aber nicht durch sachliche, distanzierte Dokumentation, vielmehr hat der Roman den Charakter eines Augenzeugenberichtes.

Dass die Autorin des Romans, Maxi Obexer, auch Bühnenautorin ist, zeigt sich meiner Ansicht nach an der Dialogkraft. Die schnellen Wortwechsel halten ei-



nen von der ersten Seite an in Atem.

Mit „Wenn gefährliche Hunde lachen“ ist der Autorin ein eindringlicher, ergreifender Debütroman gelungen. Da am Einzelschicksal aufgezeigt, ist Helens Geschichte umso berührender, alles wirkt wie zum Greifen nah.

Die Hauptperson und ihr Fluchtweg sind fiktiv, doch wer sich mit der Thematik auseinander setzt weiß, die Geschichte, welche Obexer am Beispiel Helen erzählt, ist keines Wegs abwegig oder übertrieben.

„Wenn gefährliche Hunde lachen“ zeigt mit einer Direktheit, Authentizität und schneller, unverblümter Erzählweise, was es heißt, zur Festung Europa auf zu brechen und was viele gewillt sind zu geben, um ein besseres Leben leben zu dürfen.

Helens Geschichte ist mehr als Fiktion, sie ist von jährlich hunderttausenden Flüchtlingen durchlebte Realität.

– von Helen Reichelt

Maxi Obexer
Wenn gefährliche Hunde lachen
Verlag: Folio
165 Seiten

Yassin Musharbash: Radikal

Yassin Musharbash, Jahrgang 1975, studierte Arabistik und Politologie und ist nach Stationen über *taz*, *Jordan Times* und *Neue Osnabrücker Zeitung* heute Redakteur bei *Spiegel Online* mit den Schwerpunkten Terrorismus und Umwälzungen in der arabischen Welt.

Sein Romandebüt *Radikal* ist im Kiepenheuer & Witsch Verlag 2011 erschienen.

Vorab, der Thriller überzeugt von der ersten Seite an und das sicherlich durch die intensive Beschäftigung des deutsch-jordanischen Autors mit dem Thema Terror.

Kaum in den Bundestag gewählt, wird der Grünen-Politiker Lutfi Latif mit Morddrohungen von drei Seiten konfrontiert. An deren Ende steht ein Bombenattentat während einer morgendlichen Livesendung. Der von den Medien als deutscher Obama gefeierte Abgeordnete stirbt und neben ihm viele Besucher des Fernsehstudios. Al-Kaida bekennt sich zu dem Attentat. Dies wäre eine einfache Geschichte, aber so simpel ist es denn doch nicht.

Latif hatte kurz vor dem Anschlag eine Assistentin eingestellt, die Deutsch-Palästinenserin Sumaya al-Shami. Gemeinsam mit dem Teroexperten Samuel Sonntag (Samson) recherchiert sie im Umfeld des Abgeordneten, der Al-Kaida und letztendlich auch in islamfeindlichen Zellen in Berlin. Durch Zufall wird das „Kommando Karl Martell“ entdeckt und von Samson unterwandert. Die Protagonisten des Romans begeben sich in immer größere Gefahren.

Während die deutsche Politik in Aufruhr gerät und sich die islamfeindliche Stimmung im Land verschärft, mischt sich die Presse immer wieder ein. Redaktionen vor Ort recherchieren ebenfalls und bringen vermeintliche „Wahrheiten“ an die Öffentlichkeit.

Und genau das ist Thema des Buches: *Unterschiedliche Wahrheiten*.

Ist es Wahrheit, was das Trio-Infernale in der Redaktion herausfindet? Ist Wahrheit, was eine aufstrebende Journalistin zunächst alleine und dann in Verbindung mit Helfershelfern aus dem Kreis der Redakteure erfährt? Oder ist Wahrheit, was Samson, der nach dem Attentat vom 11. September zum Teroexperten wurde,

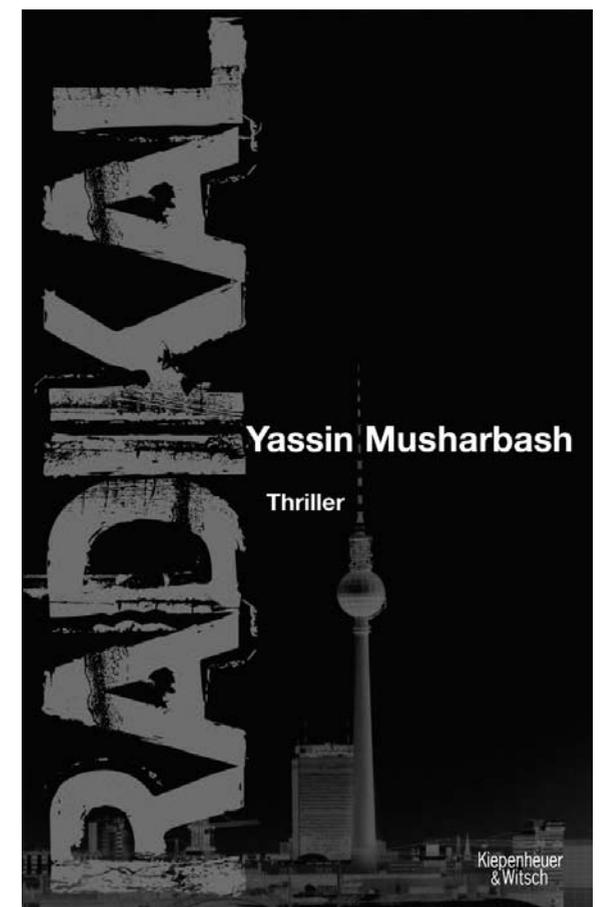
getrieben von eigenen Schuldgefühlen, herausfindet? Oder ist Wahrheit, was al-Shumi, die Suchende nach ihrer eigenen Identität, die Wanderin zwischen zwei Kulturen, sieht?

Musharbash beschreibt wirklichkeitsnah in seinem lesenswerten Romandebüt einen Albtraum, der durchaus Wahrheit werden kann in unserem Land. Dabei gelingt es ihm, deutlich Parallelen zur realen Politik, zu Journalismus und dem Suchen nach Identität von Menschen, die in zwei Kulturen groß werden, aufzuzeigen.

Wie nah er an die Realität kommt, zeigt uns der Grünen-Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour in einem Beitrag für die *Frankfurter Rundschau* auf. Nouripur, der als Einziger im Bundestagshandbuch unter Konfession „Moslem“ angegeben hat, erhält seit Jahren, ähnlich wie Latif, Hass-Mails. Zu lesen unter dem Titel „Tod eines Demokraten“, *Frankfurter Rundschau*, 18.08.2011.

– von Ulrike Mohr

Yassin Musharbash
Radikal
Verlag: Kiepenheuer & Witsch
397 Seiten



Das ist das Schöne an der Musik- sie verbindet

Ein Interview mit Heinz Ratz von Stefanie Sörensen. Fotos: Dirk Mentrop

Mit dem Fahrrad und Musik im Gepäck zog Heinz Ratz letztes Jahr durch 80 Flüchtlingslager in Deutschland. Nach seinem so genannten moralischen Triathlon stellte er gemeinsam mit seiner Band „Strom und Wasser“ und Musikern aus den von ihm besuchten Flüchtlingsheimen ein neues Projekt auf die Beine. „Strom und Wasser“ und die „Refugees“ nehmen gemeinsam eine CD auf und treten unter Anderem auch am 18.05.2012 auf der Party „La Marabunta“ des Multikulturellen Zentrums e.V. im Exhaus in Trier auf.

Grenzwertig: Wie sind Sie auf die Idee gekommen Flüchtlingsheime in Deutschland zu besuchen?

Es war Teil meines so genannten moralischen Triathlons, in dem ich drei Projekte miteinander gekoppelt hatte. Das eine Mal bin ich gelaufen für Obdachlose, das andere Mal bin ich durch Flüsse geschwommen (übrigens auch in Trier durch die Mosel) für Artenschutzprojekte und das letzte und für mich wichtigste Projekt war, für eine gerechtere Flüchtlingspolitik zu werben. Darauf gekommen bin ich dadurch, dass mir, als ich die Gelder für die Obdachlosen verteilte, ein Obdachloser sagte: „Weißt du: Das ist toll und wir können das gut gebrauchen, aber gib es doch den Flüchtlingen. Denen geht es noch viel schlimmer als uns“. Das hat mich stutzig gemacht.

Was war auf Ihrer Reise ein besonders einschneidendes, unvergessliches Erlebnis? Positiv und negativ.

Da gibt es natürlich unendlich viele. Zum Beispiel hatte ich beim ersten Teil des moralischen Triathlons dazu aufgerufen mitzumachen. Die ganze Strecke von Dortmund nach München ist ein Obdachloser mitgelaufen, der spielsüchtig war, sich die Existenz ruiniert hatte und immer wieder mit dem Gerichtsvollzieher zu tun hatte. Der Zweite, der die ganze Strecke mitgelaufen ist, war Gerichtsvollzieher, der sich seinen Jahresurlaub genommen hatte. So sind praktisch die zwei Pole, die immer aneinander geraten sind, einträchtig miteinander gelaufen. Das war ein sehr schönes Bild. Das Traurige war, dass die Obdachlosen, obwohl sie sehr dankbar waren, selten zu den Konzerten kamen. Sie werden so von der Gesellschaft gedemütigt, dass sie Angst haben aufzufallen.

Das Schwimmprojekt war ein Wahnsinnsprojekt, allein was die Erfahrung angeht. Ich bin jeden Tag ca. 20-30 km geschwommen und habe abends Konzerte gegeben. So war ich 10 Stunden im Wasser und das allein ist eigentlich schon unvergleichlich, wenn man so mit einem Element verschmilzt. Das kann man gar nicht beschreiben. Das war ein tolles Gefühl. Das Negative war, dass ich in Köln fast

ertrunken wäre, als ich unter ein großes Schiff geraten bin. Aber was heißt negativ, ich bin dann ja doch nicht ertrunken.

Was die Flüchtlinge angeht: Toll fand ich das Engagement vieler Leute in der Flüchtlingshilfe. Das ist eigentlich die undankbarste Arbeit, die es überhaupt gibt. In jedem anderen sozialen Engagement, glaube ich, hat man mehr positive Momente als bei der Flüchtlingsarbeit. Da wird unglaublich viel reingesteckt, auch an Emotionen, und in den seltensten Fällen gelingt es wirklich, die Menschen zu schützen. Deswegen habe ich ganz hohe Achtung vor denjenigen, die dabei bleiben und nicht resignieren. Das Schlimmste ist, dass sich seit Ende der

Tour, glaube ich 7 Flüchtlinge, die ich auf der Tour kennen gelernt habe, umgebracht haben aus Verzweiflung. Das zeigt die herrschende Hoffnungslosigkeit. Ich selber war so erschüttert von der Situation und auch von der Unmöglichkeit, viel zu verändern, dass ich ein halbes Jahr gebraucht habe, um mich seelisch davon zu erholen.

Wie haben die Flüchtlinge in den Heimen auf Sie reagiert?

Eigentlich sehr positiv. Es hatte sich herumgesprochen, was ich mache und sie waren dankbar, dass



einer versucht, die Problematik an die Öffentlichkeit zu tragen. Ein kleines Problem war, dass sich immer mehr Journalisten dazu gesellt hatten, was ja auch wichtig war. Aber das erweckte bei den Flüchtlingen den Eindruck, ich sei eine berühmte, einflussreiche Persönlichkeit. Sie dachten, dass ich ihnen konkret in ihrem Fall helfen könnte. Das habe ich natürlich auch versucht und hier und dort gab es auch kleine Erfolge, aber wenn am Tag 20-30 Flüchtlinge voller Hoffnung von ihrem Fall erzählen und denken, man könne etwas machen und man immer sagen muss, dass daraus wahrscheinlich nichts wird. Es war so eine Mischung aus Dankbarkeit und einer überzogenen Hoffnung.

Sie haben da bestimmt auch die eine oder andere Lebensgeschichte der Flüchtlinge gehört. Was hat das bei Ihnen persönlich ausgelöst?

Ich hatte das Gefühl, dass ich so mit diesem Projekt nicht weiterleben kann. Das ist nicht abgeschlossen. Ich habe dann lange darüber nachgedacht, wie ich aus all dem Traurigen, was ich gesehen hatte, noch etwas Schönes machen könnte. Dann dachte ich an all die tollen Musiker, deren Musik wahrscheinlich nie gehört werden kann, wenn man sie nicht unterstützt. Und so hatte ich die Idee, diese Musiker einzuladen, ihre Lieder aufzunehmen und mit ihnen auf Tour zu gehen. So kann man der Welt und dem deutschen Publikum zeigen, was da an kulturellem Reichtum verloren geht.

Erzählen Sie einmal ein wenig von Ihrer Tour. Mit welchen Schwierigkeiten haben Sie zu kämpfen?

Das ist vom organisatorischen Standpunkt das Stressigste, was ich in meinem Leben bisher gemacht habe. Es ist tatsächlich so, dass man für jeden Flüchtling für jede Reise die Behörden um Erlaubnis bitten muss. Man muss erklären, wenn es zu viele Konzerte sind. Dann werden die sofort misstrauisch. Die Flüchtlinge dürfen ja nichts verdienen, zumindest wenn sie den Duldungsstatus haben, was bei den meisten, die mit mir unterwegs sind, der Fall ist. Im Grunde genommen muss man überall betteln. Dann ist es sehr teuer. Die Flüchtlinge kommen aus allen Ecken Deutschlands und haben natürlich kein Geld. Wenn man so ein Konzert macht, muss man das den Veranstaltern erklären. Im Grunde genommen muss sich jeder, der damit zu tun hat, erst einmal in diese Situation hinein denken. Man ist die ganze Zeit am Erklären und weiß am Ende doch nicht, ob es klappt. Manche der Musiker sind akut von Abschiebung bedroht. Ich weiß nicht, wer Ende des Jahres oder bei den Konzerten im Juli oder August noch dabei sein wird. Und wenn jemand abgeschoben wurde, was ich dann konkret für denjenigen tun kann. Deswegen ist es ein sehr abenteuerliches Projekt.

Sie haben eine sehr bunte Mischung von Künstlern aus aller Welt: aus Afrika, aus dem Iran oder Irak, aus Afghanistan und vieles mehr. Treten da interkulturelle Probleme oder Missverständnisse auf?

Probleme entstehen da gar nicht. Eigentlich aus zwei Gründen: Einmal ist dieses Gefühl, endlich wieder musizieren und auf der Bühne stehen zu dürfen für alle so glücksbringend, dass sie permanent gut gelaunt sind. Ich versuche auch Hotelzimmer oder Übernachtungsmöglichkeiten für sie zu organisieren. Das ist für sie eine schöne Abwechslung. Auch dass sie mal vernünftiges Essen bekommen und nicht das, was sie normalerweise in den Lagern und Flüchtlingsheimen kriegen. Im Grunde genommen sind alle sehr gut drauf. Zum Anderen ist der Respekt vor der musikalischen Leistung der anderen sehr hoch. Also es stehen zum Beispiel ein junger Rapper aus Somalia und einer aus Afghanistan gemeinsam auf der Bühne und rappen. Das ist toll, vor Allem wenn man weiß, dass diese Gruppen in Flüchtlingsheimen oft aneinander geraten. Das ist das Schöne an der Musik, das sie verbindet. Ich sammele übrigens bei den Konzerten auch Instrumente, um sie in die Flüchtlingsheime zu bringen. Denn ich glaube, wenn mehr Musik gemacht wird, gibt es weniger Konflikte.

Haben Sie schon Pläne für die Zeit nach dem Projekt?

Eigentlich möchte ich das Projekt erst im Sommer nächsten Jahres abschließen. Das hat mehrere Gründe. Zum Einen würde ich gerne ein paar Orte, die ich vor zwei Jahren auf der Tour besucht habe, genau zwei Jahre später also im Frühjahr 2013 wieder besuchen und dort noch einmal spielen. Um zu sagen: Damals haben wir für Flüchtlinge geworben, da war das ganz neu und das ist daraus entstanden. Außerdem ist es so, dass jetzt noch vor Erscheinen der CD Anfang Mai plötzlich ein Medieninteresse über uns hereinbricht, das ich mir schon bei der Tour der 1000 Brücken gewünscht hätte. Eigentlich alle Fernsehsender möchten einen Beitrag dazu machen, die taz hat schon einen ganzseitigen Artikel darüber geschrieben und mehrere Radios haben angefragt. Und eigentlich haben wir im Grunde noch keine CD draußen und noch keine Werbung gemacht. Das ist eine tolle Möglichkeit, das ganze Thema wirklich publik zu machen, so dass sich vielleicht auch politisch etwas ändert. Die Chance möchte ich nicht vertun. Ich werde versuchen, dass die Flüchtlinge, die bei mir



mitmachen, vielleicht so als Musiker anerkannt werden, dass sie bleiben dürfen. Das ist noch einmal ein Ziel. Und dann kann ich mich ganz leise zurückziehen und sie, wenn sie etwas bekannter sind, ihren Weg alleine gehen lassen.

Was möchten Sie unseren Lesern vielleicht noch auf den Weg geben? Was glauben Sie, kann jeder Einzelne tun, um die Situation der Flüchtlinge in Deutschland zu verbessern?

Das Beste ist, einfach aktiv hinzugehen oder sagen wir mal das Gegenteil von dem zu tun, was die heutige Politik versucht. Die heutige Politik versucht, die Flüchtlinge zu isolieren, ihnen möglichst keinen Deutschunterricht zu geben und sie irgendwo unterzubringen, wo keiner sie sieht. Ich glaube, den Kontakt zu ihnen zu suchen und sich einfach auf sie einzulassen, hören warum sie hier sind, mit ihnen teilen, was sie von ihrer Kultur mitbringen, sie einfach mitnehmen in den Sportverein oder mit ihnen Behördengänge machen, ihnen zur Seite stehen. Ich glaube dadurch entstehen schon von alleine viele tolle Begegnungen. Ich kenne sehr viele Menschen, die aus Neugier da hingegangen sind und jetzt dabei sind und helfen. Ich glaube, das ist, was auf jeden Fall jeder tun kann oder tun sollte. Und dann ist es natürlich gut Flüchtlingshilfeeinrichtungen wie Flüchtlingsräte oder in Trier das Multikulturelle Zentrum e.V. anzusprechen und zu fragen, wo kann ich hin. Könnt ihr mich mal mitnehmen? Ich möchte auch irgendwie mal jemanden kennen lernen und was tun oder irgend so etwas in der Art.

Fotos vom Konzert in Trier: Dirk Mentrop

'WE ARE ALL BOAT PEOPLE' ODER 'BOMB THE BOATS' ?

Von Helen
Reichelt

„Open the Borders, close the camps. Free the refugees!“, rufen wir, gut 25 Aktivist*innen des *Refugee Rights Action Network* (RRAN) und blockieren die Hauptkreuzung der Fußgängerzone. Ich verteile Flugblätter, auf dem Plakat, das ich halte, steht: ‚*End Mandatory Detention*‘ - Beendet den Zwangsarrest von Asylsuchenden.

Die Rückmeldung der Passanten hier in der Innenstadt von Perth ist alles andere als positiv. Flüchtlingsrechte sind vielleicht das kontroverseste Thema, mit dem man sich in Australien als Aktivist auf die Straße trauen kann. Die so genannten *boat people* werden in den populären Medien als eine das Land überflutende Masse illegaler Krimineller dargestellt. Dies sät, wenig überraschend, kein Verständnis oder Mitgefühl, sondern Ablehnung und regelrechten Hass.

Steht man hier öffentlich für andere Menschenrechts- oder Umweltschutzkampagnen ein, zeigen die Passanten durchaus Interesse, doch bei *speakouts* mit

RRAN; nichts dergleichen. Wir sehen uns konfrontiert mit offenem Rassismus, werden angeschrien und beschimpft.

In Australien kommen im Jahr etwa 2% der weltweiten Asylsuchenden an, das sind ca. 8000 Asylanträge im Jahr. Bis 2009 erreichte die Mehrheit dieser Asylsuchenden Australien nicht „illegal“ mit dem Boot, sondern per Flugzeug. Denn bis 2008 galt die *Pacific Solution*, nach welcher Boote mit Asylsuchenden möglichst nicht am Festland ankommen sollten, sondern direkt zu Auffanglagern auf pazifische Insel-Staaten weitergeleitet wurden. Auf internationale Kritik hin, Australien würde seiner humanitären Verantwortung nicht nachkommen, wurde die „Lösung“ gekippt. Seitdem ist die Zahl der ankommenden Bootsflüchtlinge in Australien steigend. Im Jahr 2010 erreichten 134 Boote mit insgesamt ca. 6879 Asylsuchenden an Bord den australischen Kontinent.

Trotzdem ist die Anzahl der *boat*

people in Australien im Vergleich zu anderen Ländern, wie z.B. Deutschland, irrelevant klein. Die von den Medien verbreitete Aussage, Australien würde von Flüchtlingen überflutet, ist vollkommen unbegründet.

Die Bootsankömmlinge als illegal zu bezeichnen, ist fragwürdig, da es in der UN Flüchtlingskonvention von 1951 heißt, es sei egal, wie ein Asylsuchender im Zufluchtsland ankommt, ob per Flugzeug oder Boot, ob mit oder ohne Papiere. Auch Australien hat dieses Abkommen unterschrieben. Im Gegensatz zu den Bootsflüchtlingen sind die Illegalen viel eher die Zehntausende von Touristen, die jährlich ihre Visa überschreiten.

Asylsuchende machen nur 2,9% der Migration nach Australien aus. Jeder Einwanderer ohne Papiere, ohne gültiges Visum und mit Verdacht auf „illegale“ Einreise wird bei Ankunft in Australien zwangseingewiesen in eines der *detention camps*.

Das Prinzip der *mandatory detention*, zu Deutsch Zwangsarrest, gilt seit 1992 und steht international in der Kritik. Der katholische Bischof der Northern Territories, Eugene Hurley, bezeichnete die *detention camps* 2010 als „*mental illness factories*“, Fabriken psychischer Erkrankungen. Die Einweisung in eines der elf Camps erfolgt, um Gesundheit, Identität und Legitimität des Flüchtlingsstatus zu prüfen, so heißt es. Ein Vorgang, der wenige Wochen aber auch Jahre dauern kann. Im Falle Peter Qasims, sogar sieben Jahre, denn das Gesetz erlaubt es, einen staatenlosen Immigranten auf unbegrenzte Zeit festzuhalten.

Wessen Flüchtlingsstatus nicht anerkannt wird, der bleibt zunächst inhaftiert in den Camps, es gibt kein Vor und kein Zurück. Selbst Schwerverbrecher werden



in dieser Hinsicht besser behandelt, sie wissen immerhin, warum und für wie lange sie einsitzen werden. Die Asylsuchenden sind in den Camps gefangen im Niemandsland.

Der britische Privatkonzern Serco, der die australischen Camps leitet, lässt öffentlich verlauten, dass die Arbeit in den Camps für Mitarbeiter unzumutbar sei, des menschlichen Leidens wegen, mit dem sie sich konfrontiert sehen. Wie muss es da sein, wenn man nicht Angestellter, sondern Insasse ist.

Wenige Wochen bevor wir von RAN das *Curtin Detention Centre* besuchen, erhängt sich dort ein junger Afghane. Er ist der sechste Asylsuchende innerhalb von sieben Monaten, der sich das Leben nimmt. Allein im Juni 2011 meldet Serco, 135 „kritische“ Vorfälle. Diese umfassen ernsthafte Selbstverletzungen, zwei Fluchtversuche und tätliche Übergriffe. Zwei Krankenschwestern, die aussagen, dass die schlechte psychische Verfassung vieler Insassen auf den Arrest zurückzuführen sei, wurden entlassen mit der Begründung, „negative politische Äußerungen“ zum Prinzip der *mandatory detention* gemacht zu haben. 17 Kinder gingen 2011 auf Hungerstreik, im Schnitt werden acht Insassen täglich in Krankenhäuser eingewiesen. Jedes Camp bestätigt, dass *detainees* sich selbst verletzen, sich zum Beispiel zum Protest die Lippen zusammennähen.

Es ist offensichtlich, dass die Umstände in den Camps alles andere als positiv sind. Durch massive Proteste drücken die inhaftierten Asylsuchenden ihr Unverständnis und ihre Verzweiflung aus und versuchen auf ihre hoffnungslose Lage aufmerksam zu machen. Drei Iraner verbringen im April 2011 über zwei Wochen auf dem Dach des Villawood *detention camp* bei Sydney. Insassen des Camps auf Christmas Island



Proteste für Flüchtlingsrechte werden in Australien nicht gerne gesehen.
Fotos: © privat

stecken im selben Monat ihre Zelte in Brand. „Wie undankbar!“, heißt es von Leuten, die uns bei Veranstaltungen Parolen wie „*Bomb the boats!*“ zurufen.

5061 Männer und 571 Frauen befinden sich momentan in *detention*. Eigentlich unvorstellbar, aber selbst Kinder kommen in Arrest. Das Versprechen der Regierung, Mütter mit Kindern in sogenannter *community detention* leben zu lassen, erreicht nicht alle. 1072 minderjährige Asylsuchende sind momentan inhaftiert, über 300 davon ohne Begleitung eines Elternteils. Aktivisten bezeichnen es als Kindesmissbrauch.

Alle Camps sind inzwischen in privater Hand. Der Betreiber ist das gigantische, britische Dienst-



leistungsunternehmen Serco. Es wird von der britischen Zeitung *The Guardian* betitelt als „das wahrscheinlich größte Unternehmen, von dem Sie nie gehört haben“. Als privates Unternehmen ist Serco bemüht, wirtschaftlich zu arbeiten und die Ausgaben möglichst gering zu halten. Als wir Aktivisten von RAN ankündigen, das wiedereröffnete *Curtin Detention Centre* zu besuchen, werden wir gefragt, ob wir Hüte für die Inhaftierten mitbringen können.

Die leitende Firma ist nicht länger gewillt, Hüte zu beschaffen.

Um das Unglaubliche an dieser Anfrage deutlich zu machen, muss ergänzt werden, dass das *Curtin Detention Centre* innerhalb einer Militärbasis bei Derby, einer kleinen Gemeinde im kaum besiedelten, sehr heißen Norden Westaustraliens liegt. Im April, als wir uns auf den Weg dorthin machen, sind es hier immer noch, obwohl es bereits Herbst ist, täglich 38°C. Ein abgelegenes Camp in der Wüste, entsetzliche Hitze und man kürzt bei der Beschaffung von Hüten?

Serco trägt die Verantwortung für die Insassen des Camps, da man ihnen jedes Recht und jede Möglichkeit genommen hat, sich selbst um ihre Grundbedürfnisse zu kümmern. Dieser Verantwortung kommt Serco, nach Ansicht von Aktivisten wie denen von RAN nicht ausreichend nach, sie fordern daher eine Entprivatisierung der *detention camps*.

Als wir von RAN das *Curtin Detention Centre* besuchen, wird uns zunächst der Einlass verweigert. Man leugnet eine Anmeldung erhalten zu haben, dass wir mit Einzelpersonen im Camp sprechen wollen. Wir werden hingehalten, bis die offiziellen Besuchszeiten vorbei sind. Es ist offensichtlich, dass man uns nicht hineinlässt, da unser Besuch politisch motiviert ist. Aus Empörung darüber, dass ihr Besuch nicht ins Camp gelassen wird, gehen 300 der Flüchtlinge als prompte Reaktion am darauffolgenden Tag in Hungerstreik. Wir antworten mit einer Sitzblockade vor dem Campeingang. Daraufhin werden 17 von uns kurzfristig verhaftet, andere dürfen letzten Endes ins Camp. Wir erfahren, dass tägliche Foren auf einem zentralen Platz im Camp stattfinden, wo sich die Insassen über ihre Lage austauschen. Diese Leute sind die wahren Aktivisten. Um mit uns in Kontakt zu stehen, gehen

einige von ihnen das Risiko ein, ein Handy bei sich zu tragen, was verboten ist.

Wir verlassen das Camp nach drei Tagen, unsere Aktion wird in ganz Australien übertragen und ist die erste Meldung in den abendlichen Nachrichten, noch vor dem alles beherrschenden Thema der anstehenden Royal Wedding in England. An darauf folgenden Tagen finden Demonstrationen in Melbourne und Sydney statt. Später erfahren wir, dass unsere Anwesenheit dazu führte, dass man plötzlich in der Lage war, 70 Asylanträge innerhalb einer Woche zu prüfen und zu verabschieden und die Flüchtlinge dann innerhalb von 2 Wochen umzusiedeln. Diese 70 Flüchtlinge wurden entlassen mit den Worten: „Wir haben eure Anträge fertiggestellt, schließt euch bitte nicht den Protesten an, ihr seid ab nächster Woche frei“. Eine gute Nachricht, doch gleichzeitig frustrierend, dass man sich um Menschenleben nur auf Druck hin schert.

Australiens Umgang mit den *boat people* ist erschreckend. Dabei war dies nicht immer so. Nach dem Vietnamkrieg nahm Australien über 90 000 vietnamesische Flüchtlinge auf. Die *boat people* wurden



als Helden gefeiert. Flüchtlingskinder wurden in Grundschulen eingeladen und die australischen Kinder durften bewundern, was diese Kinder geleistet hatten.

Aber politische Verfahrensweisen ändern sich. Von der grundsätzlichen Idee, Flüchtlinge nicht einzusperren, sie nicht zu dämonisieren, zum heutigen Prinzip des Zwangsarrests ist es eine 180° Wende. Die Flüchtlinge sind fernab von der Gesellschaft,

eingeschlossen in Camps, die oft Hochsicherheitsgefängnissen ähneln. *Mandatory detention* bedeutet absolute Kriminalisierung der Asylsuchenden. Australien sagt nicht mehr nur „*You are not welcome*“, vielmehr ist die Nachricht klar „*You may not come here*“. Aktivistengruppen wie RRAN fordern deshalb ein Ende dieser Politik und dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Auch die *Australian Medical Association* unterstützt jetzt den Kampf gegen Zwangsarrest. Im August 2011 verkündete sie, dass *mandatory detention* von Natur aus der Gesundheit und Psyche schade und besonders schlimm für Kinder sei. Selbst das *Immigration Department* ließ inzwischen Zweifel am System verlauten und hat die Regierung gebeten, Selbiges zu überdenken.

Diese wiederum plant, ankommende Boote nun direkt nach Malaysia weiter zu leiten, in ein Land, das die *UN Refugee Convention* nicht einmal unterzeichnet hat und in dem bereits 90 000 Asylsuchende unter miserablen Umständen leben. Indem die australische Regierung solche Tauschgeschäfte vorschlägt, macht sie sich selbst zum Menschenhändler. Die *Malaysia Solution* sah vor, 4000 von der UN anerkannte Flüchtlinge aus Malaysischen Camps aufzunehmen, wenn Malaysia im Gegenzug die zu erwartenden 800 Asylsuchenden aufnähme. Diesen hätte man im Gegenteil zu den übrigen 90 000 Asylsuchenden in Malaysia Arbeitsrecht, Bildung und Gesundheitsversorgung zukommen lassen.

Trotzdem, Asylsuchende direkt abschieben? Herrscht in Australien, einem Land etwa so groß wie Europa, akuter Platzmangel, welcher es unmöglich macht, Flüchtlinge auf dem Festland willkommen zu heißen und ihre Anträge abzuwickeln? Und was für ein Signal nach außen ist das eigentlich, in diesem Zusammenhang von „Problemlösung“ zu sprechen. Und dass diese darin besteht, den kommenden 800 Flüchtlingen kein Asyl bieten zu wollen. Diese panische Haltung, welche die Medien nur weiter nähren, schafft eine Hysterie ohnegleichen gegen Bootsflüchtlinge. Wobei es offensichtlich scheint, dass gerade wer sich auf eine so absolut lebensgefährliche Reise wagt, tatsächlich flieht und Obhut und Hilfe dringend benötigt. Der australische *High Court* hat diese Malaysia Lösung für rechtswidrig erklärt, doch ganz vom Tisch ist sie noch nicht.

Schritte der Regierung wie diese provozieren Proteste und so scheint das Prinzip der *mandatory detention* tatsächlich zu kippen. Wünschenswert wäre es.

MODERNE BARBARENDISKURSE

Ein kritischer Blick in die Geschichtsbücher erhärtet einen Verdacht: Die Art und Weise, wie wir über *die Anderen* sprechen und die europäische Abschottungspolitik hängen eng zusammen. Fabian Jellonnek über Alltagsrassismus, europäische Selbstfindungsprozesse und Abgrenzung.



Von Fabian
Jellonnek

Im Laufe der Geschichte gab es immer wieder politische Räume, die sich rasend schnell erweiterten, unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen vereinigten und in ihrer Region oder gleich der ganzen Welt eine außerordentliche Machtposition einnahmen. Nicht nur deshalb taufte man die meisten dieser Räume in Anlehnung an das Römische Reich auf den Begriff Imperien. Gemein war diesen Räumen, die hochnäsige Art, mit der sie auf ihre Nachbarn oder allgemein auf *die Anderen* herabblickten. Sie nannten sie Barbaren. Die Barbaren, schreibt der französische Wissenschaftler Tzvetan Todorov, existierten immer nur im Widerspruch zum als zivilisiert markierten Selbstbild: Das Wort Barbar „trat in Gegensatz zu einem anderen Wort, und zusammen dienten sie dazu, die Völker der Welt in zwei ungleiche Teile einzuteilen: die Griechen, also 'wir', und die Barbaren, das heißt 'die Anderen', die Fremden“. Die Barbaren, darüber belustigte sich einst schon Pla-

ton, umfassten dabei eigentlich ganz unterschiedliche Leute, die selbst nicht viel miteinander gemein hatten - und doch in einen Topf geworfen wurden. Seine Griechen hatten die Barbaren zuerst erfunden. In ihrem reichen Mythenschatz stellten sich die glorreichen Heroen gegen die Grausamkeit der Barbaren. Auf den Athener Straßen und Plätzen benutzte man die Antihelden als Namensgeber für alles Fremde, Andere und ausländische. Über die Fremden rümpften die Demokraten ihre Nasen. So ungebildet, so ungesittet und so brutal schienen die Barbaren. Selbst die Schwächsten der Schwachen sah man den skrupellosen Barbaren ausgeliefert. „Barbaren sind diejenigen, die gegen die elementarsten Gesetze des menschlichen Zusammenlebens verstoßen, da sie nicht das richtige Verhältnis zu ihren Verwandten finden: Muttermord, Vätermord, Kindesmord einerseits und Inzest andererseits sind sichere Zeichen für Barbarei“, stellt To-

dorov fest. So friedliebend, gebildet und gesittet sahen sich dagegen die Griechen selbst.

Die Römer eiferten den Griechen nach und erstellten ganze Barbarenkataloge. Die Römer erkannten die Barbaren nicht nur, sie fürchteten sie auch und sie machten Politik mit ihnen. Griff ein barbarisches Volk das hoch gerüstete Imperium an, war es für die Herrschenden ein Leichtes, der Bevölkerung einzutrichern, eine gigantische barbarische Invasion stünde vor den Toren Roms. Der Historiker Heinz Bellen beleuchtete den Metus Gallicus, also die Furcht vor den Galliern und den Metus Punicus, also die Angst erzeugt von den punischen Kriegen und erkannte, dass die eine Angst dieselben Muster wie die andere aufweist. Der Metus Punicus ging aus dem Metus Gallicus hervor. Angstkommunikation widersteht laut Niklas Luhmann jeder Kritik der reinen Vernunft und Heinz Bellen weiß, dass die römischen Furchterlebnisse "den Gang der römischen Geschichte nachhaltig beeinflussten" und zu den ersten Präventivkriegen der Geschichte führten. Mit der Angst vor den Barbaren konnte man Politik machen. Luhmanns Ausführungen über Angstkommunikation erklären warum: „Wenn Angst kommuniziert wird und im Kommunikationsprozess nicht bestritten werden kann, gewinnt sie eine moralische Existenz. Sie macht es zur Pflicht, sich Sorgen zu machen, und zum Recht, Anteilnahme an Befürchtungen zu erwarten und Maßnahmen zur Abwendung der Gefahren zu fordern“. Alle Gegenmaßnahmen, das ist das Perfide an ihrer "paradoxen Konstitution", verstärken dabei nur die Angst: "Wenn man der Angst abzuwehren versucht, nimmt sie zu". Der Soziologe Zygmunt Baumann beschreibt diese Verselbstständigung sehr schön in einem Aufsatz über Gated Communities in Amerika. Da wird mit Alarmanlagen, Zäunen und Sicherheitspersonal versucht, Eindringlinge abzuwehren. Unlängst hat in der Gated Community von Sanford das Sicherheitspersonal so einen Eindringling über den Haufen geschossen. Der Junge war 17, dunkelhäutig, und wollte Bonbons kaufen.

Aber zurück zu den Römern und ihrer Instrumentalisierung des Barbarendiskurses. Jenseits der Legitimierung von

Angriffskriegen konnte man die Angst vor den Barbaren auch ganz anders einsetzen. Die Gräuelerzählungen über die Barbaren waren auch eine Warnung an alle, die das bestehende System, den Status Quo, in Frage stellten. Wenn die Ordnung wegbricht, wer soll euch dann vor den Barbaren schützen? So in etwa muss man sich den Barbarendiskurs als disziplinarische Maßnahme vorstellen. Die dichotome Anatomie des Barbarendiskurses, also die eigene Aufwertung am Antibold des Anderen sorgte obendrein dafür, dass auch die Verlierer und Abgehängten im Römischen Reich sich immer ein klein bisschen besser fühlen konnten als die Anderen. A.N. Sherwin-White las die Schriften Strabos, um mehr zu erfahren über rassistische Vorurteile im imperialen Rom. Strabo erzählte den Römern, dass die Anderen beim Essen auf dem Boden sitzen und auf Strohmatten schlafen. Überhaupt; ihre Siedlungen, ihre Bauweise - alles anders, alles schlechter als in Rom.

Dementsprechend gut war es, wenn sich die imperiale Ordnung ausdehnte. Imperien verstanden sich häufig als Zivilmacht und Europas Kolonialmächte machten es sich zum Auftrag, 'den Wilden' Benehmen und Anstand beizubringen. Der Preis der Ausbeutung schien dabei nur berechtigt - "The White Man's Burden" dichtete damals Rudyard Kipling. Überhaupt orientierte sich in der Hochzeit der europäischen Kolonialmächte alles und jeder am römischen Reich. Konjunktur erlebten zu dieser Zeit Kartographen, die barbarische Invasionen auf das Vorbild darstellten. Mit dicken Pfeilen zeigten sie auf einen Blick Migrationsbewegungen, die eigentlich über Jahrhunderte verteilt vonstatten gingen. Betrachtet man diese Karten, entsteht der Eindruck eines permanent und von allen Seiten unter Druck gesetzten Raums.

Die Römer wiederum boten ihr Zivilisierungsprogramm gezielt der unmittelbaren Nachbarschaft an. Trotz ihrer Rohheit und dem "antibarbarischen Schutzwall" namens Limes (so getauft bezeichnenderweise von Hitlers Historikern) durfte die barbarische Nachbarschaft mitmachen, bekam sogar volle Staatsbürgerrechte. Der Preis: Die Entbarbarisierten mussten Roms Grenzen sichern. Von den Gaulen, den einstigen

barbarischen Feinden, erwarteten beispielsweise die Römer nach deren Eingliederung „to act as northern buffers to the colony and generally support Roman interests“, wie Thomas S. Burns zu berichten weiß. Selbst die sonst fast sprichwörtlich auf Abkapselung bedachten chinesischen Imperien nutzten, alle Mauern über Bord werfend, ähnliche Strategien. Zwar boten sie ihren exterritorialen Grenzpatrouillen keine Staatsbürgerrechte, aber immerhin Handelserleichterungen und eine Art Vorläufer des Visasystems. China nannte sie liebevoll die "gekochten" im Gegensatz zu den "rohen" Barbaren.

Die amerikanischen Historiker Jane Burbank und Frederick Cooper legten 2010 einen Band vor mit Potential zum Klassiker, "Empires in World History. Power and the Politics of Difference", so der Titel. In ihrem Überblick stellen sie fest: „Imperien existierten stets in Beziehung – und häufig im Spannungsverhältnis – zu anderen Formen räumlicher Vernetzung; Imperien ermöglichten oder verhinderten die Bewegungsfreiheit von Waren, Kapital, Menschen und Ideen“. Jenseits aller Imperialismusvorwürfe empfehlen sie einen genauen Blick auf das "Repertoire der Macht, unter dem Aspekt, welche Mittel imperialer Strategien jeweils eingesetzt wurden."

Kaum zu bestreiten ist, dass auch die europäische Union ein Raum ist, der sich im Zuge seiner Erweiterungsrounden rasend schnell vergrößerte und inzwischen unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen vereint. Schwierig ist da die Bestimmung einer gemeinsamen Identität. Einfacher wird sie, wenn man sagen kann, wer nicht dazugehört. Europas rechtspopulistische Parteien haben dafür in den letzten Jahrzehnten Vorarbeit geleistet. Der Islam sei unvereinbar mit der Demokratie sagen sie, rückständig soll er sein. Laut einer Studie des Allensbach-Instituts von 2006 glauben das 62 Prozent der Deutschen. Im neuesten Band der Heitmeyer-Studie namens "Deutsche Zustände" wird festgestellt, dass vor allem jene Menschen gruppenbezogene Vorurteile gegen Muslime in sich tragen, die sich eine kulturell homogene Kultur wünschen. Gleichfalls neigen Menschen zum anti-muslimischen Rassismus, wenn sie glauben, ihre eigene Lebensweise sei der anderer überlegen. Weil keiner sagen kann, wie eine deutsche oder europäische Leitkultur denn genau aussehen soll, läuft die Suche nach der europäischen Identität nach dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners: Wir wissen, was wir nicht sind.

Die Abgrenzung wird nicht nur sprachlich und in Debatten vollzogen. Von unseren modernen Anderen fühlen wir uns bedrängt wie einst die Römer von ihren Barbaren. Terrorismus einerseits und Überfremdungsängste andererseits sind die Bedrohungsszenarien des vereinigten Europas. Mit Flut- und Invasionsmetaphern spricht die Öffentlichkeit über Flüchtlinge und die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX malt in ihren "Risikoanalysen" dicke Pfeile, die von allen Seiten auf Europa einfallen. Als während des Arabischen Frühlings kurzzeitig das Bild vom demokratiefeindlichen Islam bröckelte und in den Talkrunden am Sonntagabend über die Aufnahme von Flüchtlingen debattiert wurde, warnte die europäische Polizeibehörde EUROPOL: Achtung, wenn ihr die jetzt reinlasst, dann holt ihr euch möglicherweise Terroristen ins Land. Kein Wunder also, dass unsere Politiker tödliche Zäune um Europa bauen. Abschottung und Überwachung ist die Reaktion auf die neue barbarische Bedrohung.

Für die Nachbarn unmittelbar hinter den Zäunen und Mauern hält Europa ein Entbarbarisierungsprogramm bereit, genannt Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP). Einen "Ring befreundeter Staaten", einen "Raum von Sicherheit, Stabilität und Recht" zu schaffen, war das postulierte Ziel in den Gründungsdokumenten der ENP. Ausgereift, detailliert und vertieft wurden vor allem Maßnahmen zur Steuerung, Entschleunigung und Verhinderung von Migrationsbewegungen in den Transitstaaten. Im Gegenzug wurde die Errichtung von Internierungslagern in Gaddafis Libyen oder der Ukraine mit Visa-Erleichterung entlohnt. Wilhelm Knelangen warnte bereits 2007 vor den Ambivalenzen der ENP: „Der bislang vorherrschende Ansatz, die Probleme der EU in den Bereichen Sicherheit und Einwanderung zu externalisieren und den Faktor der Sicherheit gegenüber der Freiheit zu privilegieren, ist einstweilen mit der Gefahr verbunden, problematische Strukturen in den Nachbarstaaten eher zu fördern als aufzubrechen“. Ein Blick in die Geschichtsbücher offenbart: Das externalisierte Europäische Grenzregime ist keine Erfindung der Moderne, sondern ein Rückgriff auf das imperiale Repertoire der Macht - eine Jahrtausende alte Herrschaftstechnik. Legitimiert werden die Zäune in Melilla, die Lager in Libyen und die Grenzschutzagentur FRONTEX mit der Erfindung von Europas Barbaren.

Eine ausführliche und vertiefende Argumentation dieser These stellen wir Ihnen auf Anfrage gerne zur Verfügung. Anfordern unter: zeitschrift@multicultural-center.de

Das Foto wurde uns freundlicherweise vom Produktionsfirma des Dokumentarfilms „Abendland“ von Regisseur Nikolaus Geyrhalt zur Verfügung gestellt. © NGF

EUROPAS SCHMUTZIGSTES VERFAHREN

Das Dublin-II-Verfahren gilt offiziell als „Lastenausgleich“ um Asylbewerber in Europas Mitgliedsstaaten gerecht zu verteilen. Tatsächlich belastet die Gesetzgebung vor allem Länder, die an Europas Außengrenzen liegen. Kein Wunder also, dass die Profiteure von Dublin-II mit schmutzigen Tricks arbeiten um das System aufrecht zu erhalten.

von Fabian Jellonnek

Bereits der Entstehungsprozeß von Dublin-II geriet zur Farce. Zahlreiche EU-Mitgliedsstaaten, vor allem die Grenzanrainer legten im Vorfeld Protest und Bedenken gegen das Verfahren ein. An Europas Außengrenzen fürchtete man, der geplante Lastenausgleich könnte zu einer Überforderung der Asylsysteme führen. Diese Ängste waren damals wie Heute keinesfalls unbegründet sondern sind die logische Konsequenz aus den Planungen: Das Dublin-II-Verfahren sieht vor, dass Flüchtlinge in dem europäischen Land ihr Asylverfahren bestreiten müssen, dass sie als erstes betreten haben. Wandern die Flüchtlinge weiter, werden sie in ihr europäisches Ankunftsland zurückgeführt. Theoretisch müssen Länder wie Griechenland oder Italien alle Flüchtlinge aufnehmen die über das Mittelmeer nach Europa kommen, selbst wenn diese ihren Asylantrag eigentlich in Deutschland stellen möchten. Praktisch ermöglicht wird die Theorie durch die zentrale Erfassung von Fingerabdrücken aller in Europa lebenden Flüchtlinge in der EURODAC-Datei.

Folgenreiches Fax aus Dänemark

An dieser unsolidarischen Logik drohte die Verabschiedung der Gesetzgebung zu scheitern. Nur durch einen fragwürdigen Coup gelang es der damaligen dänischen Ratspräsidentschaft das Verfahren durchzusetzen. Eine Studie des Zentrums für europäische Studien an der Universität Oslo untersuchte den Werdegang der Dublin-II-Beratungen. Zunächst versuchte man demnach über eine gemeinsame Erklärung der europäischen Innenminister die Grenzländer auf Linie zu bringen. Als Gegenleistung für die Zustimmung bot man den Bedenkenträgern die bedingungslose finanzielle Unterstützung bei Pilotprojekten zur Grenzsicherung an. Umgesetzt wurde die Erklärung später in der Aufrüstung der Außengrenzen und der Grenzschutzagentur FRONTEX. Trotz dieser Solidaritätsadresse verweigerten Italien und Griechenland weiterhin die Zustimmung zu Dublin-II. Ausgetrickst wurde der Widerstand schließlich per Fax. Kurz vor der geplanten Verabschiedung versandte

die dänische Ratspräsidentschaft ein unscheinbares Schreiben an alle EU-Mitgliedsländer. Wer gegen die Verabschiedung der Erklärung sei, solle seinen Widerspruch binnen einer Woche kundtun. Ohne Einspruch würden Erklärung und Dublin-II-Verfahren durchgesetzt. Italien und Griechenland verzichteten auf fristgerechte Kritik an der Erklärung und verwirkten dadurch ihr Veto gegen Dublin-II.

Die damals geäußerten Ängste der Grenzanrainer sind längst Realität. In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Oktober 2011 heißt es, das Dublin-Verfahren habe zu einer "Solidaritätskrise unter den Mitgliedstaaten geführt". Rückführungen nach Griechenland sind inzwischen sogar grundsätzlich gerichtlich untersagt. Die Justiz sah es als erwiesen an, dass in Griechenland kein rechtsgemäßes Asylverfahren möglich ist.

Griechische Verhältnisse herrschen längst auch andernorts. In Ungarn machen faschistische Bürgerwehren Hatz auf Flüchtlinge und die Regierung Orban schiebt syrische Flüchtlinge in die Fänge des Assad-Regimes ab. In Italien leben zahlreiche Flüchtlinge auf der Straße, weil die Asylzentren überfüllt sind. Ein umfassender Report des Rechtsanwalts Dominik Bender und der Verfahrensberaterin Maria Bethke prangert die Mißstände des italienischen Asylsystems auf: Betroffen von Obdachlosigkeit sind demnach auch Minderjährige. Aus Ungarn veröffentlichte Marc Speer jüngst eine Bestandsaufnahme der gravierenden Missstände im dortigen Asylverfahren. In Einzelfällen entschieden inzwischen deutsche Gerichte pro Flüchtlinge und gegen Rückführungen nach Italien oder Ungarn.

Deutsche Behörde: Mit Falschaussagen gegen Kinderrechte

Trotzdem werden selbst Flüchtlingskinder weiterhin nach Italien abgeschoben. Eigentlich verlangt eine ergänzende Richtlinie zu Dublin II von den abschiebenden Behörden, sicherzustellen, dass die Jugendlichen im Ankunftsland in Empfang genommen werden, einen Vormund sowie einen Platz in einer geeigneten Unterkunft erhalten. Für Italien kann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) diese Garantien nicht liefern. Dennoch entscheiden Gerichte pro Rückführung. In Prozessen beruft sich das BAMF auf vermeintliche Aussagen des UNHCR wonach die Unterbringung von Minderjährigen in Italien kein Problem darstelle. Diese UNHCR-Zitate finden sich auch in einem internen Leitfaden des Bundesamts an die Mitarbeiter. Der als "Leitfaden Italien" betitelte Text liegt der GRENZWERTIG vor. Das Schreiben soll den Mitarbeitern als Argumentationshilfe vor Gericht dienen. Problematisch ist allerdings, dass das UNHCR die ihm zugeschriebenen Aussagen längst dementiert und korrigiert hat. In einem Briefwechsel, der uns ebenfalls vorliegt, wurde das BAMF darauf hingewiesen, dass man die Zitate nicht bestätigen könne. Das BAMF bedauert in seiner Antwort das "Missverständnis". Dennoch wird weiterhin mit den Falschaussagen vor Gericht argumentiert. Das Verwaltungsgericht Saarlouis lehnte im Dezember letzten Jahres die Klage eines 17-jährigen Afghanen gegen seine Rückführung nach Italien ab. Der Junge war zuvor bereits einmal in Rahmen eines Dublin-Verfahrens abgeschoben worden und landete in der Obdachlosigkeit. Das Verwaltungsgericht entschied gegen ihn. Die Vertretung des BAMF hatte während des Prozesses abermals mit den falschen UNHCR-Aussagen gearbeitet. Nach seiner erneuten Rückführung lebte der Jugendliche wieder auf der Straße.

Grüne Ministerin merkt: Dublin-II sei "alternativlos"

Die Probleme des Dublin-Verfahrens sind der Politik bekannt. Längst wächst auf europäischer Ebene der Widerstand gegen die Gesetzgebung. Unter anderem fordern die Delegationen einiger Mitgliedsstaaten das Dublin-Verfahren für Minderjährigen auszusetzen. Deutschland und andere Profiteure des Dublin-Systems wehren sich allerdings vehement gegen Änderungen. Die Kritik am Dublin-II-Verfahren bleibt in Deutschland leise. Die grüne Integrationsministerin in Rheinland-Pfalz, Irene Alt forderte das BAMF zwar auf, bei Minderjährigen stärker vom Selbsteintrittsrecht Gebrauch zu machen. Allerdings will auch sie die Dublin-Regelung nicht grundsätzlich kritisieren. Das Verfahren sei "alternativlos" bedient sich die Ministerin in Merkels Unwort-Schatz. Irene Alt betont dabei die Notwendigkeit eines europäischen "Lastenausgleichs". Klaudia Dolk, die Autorin der Studie zu Dublin-II der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt hingegen fest: "Grundsätzlich ist eine Abkehr vom Verantwortungsprinzip erforderlich". Die Studie stellt indes nicht weniger als sechs alternative Lösungen vor.

Abgesehen vom unsolidarischen Verfahren gegenüber Grenzanrainer-Staaten, die obendrein zum Teil durch die Eurokrise gebeutelt sind, ist das Dublin-Verfahren vor allem ein Desaster für Flüchtlinge. Um ihre Rechte durchsetzen zu können, haben diese inzwischen eine eigene Strategie gegen Dublin-II entwickelt. Viele Flüchtlinge verbrennen sich die Fingerkuppen bevor sie europäischen Boden betreten. So landen sie nicht in der EURODAC-Datei und bewahren sich die Chancen ein Land mit funktionierendem Asylsystem zu erreichen.



ANTIRASSISMUS GEGEN ANTIRASSISMUS

In Frankreich tobt eine Debatte um eine goldene Banane. Verliehen wurde sie im Rahmen der „Y'a bon Awards“, einem Anti-Preis mit dem die Organisation Les Indivisibles die rassistischsten Aussagen des Jahres kürt. Erhalten hat den Preis die Journalistin Caroline Fourest die sich selbst als Antirassistin versteht - „Décerner un prix du racisme à une antiraciste. N'est-ce pas un peu gros?“

Von
Pit Reinesch

Caroline Fourest, die unfreiwillige Preisträgerin, ist Kolumnistin der linksliberalen Tageszeitung Le Monde und hält Seminare über Multikulturalismus und Universalismus am Institut für politische Studien in Paris. Als Aktivistin der französischen Lesben- und Schwulenbewegung beschäftigte sie sich als Autorin in ihren ersten Büchern mit dem christlichen Fundamentalismus. Der Kampf für den Laizismus zieht sich durch sämtliche Werke der Autorin. So griff sie in einem ihrer Bücher auch den schweizer Islamwissenschaftler Tariq Ramadan an und warf ihm vor, einen Doppeldiskurs zu führen, der im Kern fundamentalistisch sei. In ihrem neuesten Buch über Marine Le Pen entlarvt Fourest das Eintreten des Front National für den Laizismus in Frankreich als antimuslimischen Rassismus. Die unautorisierte Biographie wurde von der FN-Vorsitzenden Le Pen in einer Talkshow als Aneinanderreihung von Lügen, infamen Missdeutungen, von

Verleumdungen, Diffamierungen und Beleidigungen bezeichnet.

Trotz ihres Eintretens gegen den Front National wurde Fourest im März von den Indivisibles der „Y'a Bon Award“ verliehen. Die 2006 von Rokhaya Diallo gegründete Organisation Les Indivisibles setzt sich in erster Linie gegen Alltagsrassismus in Frankreich ein. Den Anti-Preis in Form einer goldenen Banane erhielt Fourest für eine Aussage, die sie während eines Kongresses der Parti Socialiste zum Thema Gleichheit getätigt hatte. Die Journalistin verlangte, bei der staatlichen Unterstützung für diskriminierte Gruppen von dem Prinzip des Laizismus auszugehen und kritisierte „Vereine, die Turnhallen verlangen um Basketball-Turniere für verschleierte Frauen zu organisieren und damit auch noch Gelder für die Hamas zu sammeln.“ In ihrer Aussage bezog sich Fourest auf ein Turnier, das im Juni 2008 in Vigneux-sur-Seine stattfinden sollte. Les Indivisibles kritisierte die

Aussage, weil Fourest einen Einzelfall verallgemeinere und antimuslimische Ressentiments schüre.

Doch die Differenzen zwischen Fourest und den Indivisibles scheinen grundsätzlicher Natur zu sein. So warf Fourest den Indivisibles in einer Replik vor, sie würden längst nicht mehr das Ziel verfolgen den Rassismus zu bekämpfen, sondern Antirassisten, die ihre auf ethnischen Statistiken und Toleranz gegenüber religiösen Fundamentalisten basierende Politik nicht teilen. Um diese Debatte zu verstehen lohnt sich die Lektüre von Caroline Fourests 2009 erschienen Buches „La dernière utopie“, das allerdings auf deutsch noch nicht erschienen ist.

In dem Buch kritisiert die Autorin den kommunitaristischen Multikulturalismus und setzt ihm einen universalistischen Antirassismus entgegen. In ihren Augen ist die Idee der universell gültigen Menschenrechte durch den Kommunitarismus bedroht. Das Problem sei nicht die multikulturelle Gesellschaft, sondern der Umgang mit dieser Vielfalt. So hätten Forderungen von Minderheiten immer dann ihre Berechtigung, wenn sie auf die Herstellung von Gleichheit abzielten. Problematisch würde es, wenn reaktionäre und fundamentalistische Bewegungen die Ungleichheit als Deckmantel nutzten. Dabei unterscheidet Fourest sehr klar zwischen Religion und Fundamentalismus, der für sie die Instrumentalisierung ersterer zu politischen Zwecken darstellt. Ihrer Ansicht nach kann eine multikulturelle Gesellschaft nur funktionieren, wenn sie sich religiös begründeten Forderungen verweigert, also ein laizistisches Prinzip verfolgt. Der Staat solle die Menschen nicht in erster Linie als Angehörige einer Minderheit, sondern als Bürger betrachten.

Die Autorin kritisiert deshalb das Recht auf Differenz und fordert das Recht auf Indifferenz. Jeder einzelne soll das Recht haben seine Identität selbstbestimmt zu definieren, statt durch Fremdbestimmungen kategorisiert zu werden. Das Recht auf Differenz und die damit einhergehende positive Diskriminierung würden ethnische Kategorien nur zementieren und wären somit ungeeignet den Rassismus zu überwinden. Ein Beispiel für die Überlegungen von Fourest, wäre die Bevorzugung von anonymisierten Verfahren bei Bewerbungen gegenüber Quotenregelungen. Der Fokus sollte ihrer Ansicht nach also auf der Durchsetzung von universellen Rechten liegen, mit dem Ziel die Gleichberechtigung herzustellen.

Vor diesem Hintergrund sollte auch die aktuelle Debatte um Fourest gesehen werden. Die Aussage vom PS-Kongress mag auf den ersten Blick an die Kopftuchmädchen-Polemik von Sarrazin erinnern, doch sie ist grundverschieden. Fourest greift nicht die Muslime an, was sie angreift sind fundamentalistischen Vereinigungen. Dies passt zu den Aussagen in ihrem Buch, in denen einen kommunitaristischen Multikulturalismus angreift und ihm die universelle Gültigkeit der Menschenrechte entgegenhält. Die Aussage der Autorin war zwar polemisch, ihr dies allerdings als Rassismus auszulegen, scheint aber eher ein Zeichen von Unfähigkeit selbstkritische Reflexionen durchzuführen. Dies führt einerseits zu einem inflationären Gebrauch des Rassismusbegriffs, andererseits zu einer Immunsierung der eigenen Positionen vor Kritik.

GRENZWERTIG INFORMIERT

Kommunitarismus. Der Kommunitarismus ist eine Weltanschauung, die die Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft betont. Für Kommunitaristen steht fest, dass die freie Entfaltung der Persönlichkeit nicht zum Nachteil der Gemeinschaft werden darf. Damit bilden Kommunitaristen einen Gegenpol zum Liberalismus. Kommunitaristen betonen die Bedeutung gemeinsam geteilter Werte innerhalb einer Gemeinschaft. Zu den Hauptvertretern des Kommunitarismus werden u.a. Charles Taylor, Benjamin R. Barber und Amitai Etzioni gezählt. Ersterer beschäftigte sich ausführlich mit dem Thema Multikulturalismus. In seinem Band „Laizität und Gewissensfreiheit“ von 2011 stellte Taylor die These auf, dass strikter Laizismus einen missionarischen Charakter, ähnlich wie Religionen, aufweist.

Laizismus ist das verfassungsrechtliche Prinzip strikter Trennung von Kirche und Staat. Frankreich versteht sich als laizistische Republik.

„ALSO HABEN WIR ANGEFANGEN ZU REVOLTIEREN.“

Mit den hier wiedergegebenen Geschehnissen, den Kämpfen von MigrantInnen für ihre Rechte, soll ein anderes Bild von Migrierenden gezeichnet werden, als das in der Öffentlichkeit vorherrschende. Wir sehen an diesem Beispiel, dass Migration ihre ProtagonistInnen nicht zwangsläufig in die Rolle des „Opfers“ zwingt. Trotz der Steine die ihnen nicht nur von den GesetzgeberInnen in den Weg gelegt werden, haben auch Illegalisierte eine Stimme, die sie erheben können.



Von Mara

Dass Migration und Ausbeutung oft Hand in Hand gehen, haben wir schon oft gehört. Im Sinn haben wir da nicht nur das überpolarisierte Bild von „bösen Schleppern“ und „armen Migranten“, wie es von den Medien gerne gezeichnet wird, sondern auch das von großen Gemüseplantagen in Spanien oder Italien. Auch in Griechenland gibt es solche Plantagen, in denen die Menschen zehn Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche für 20 Euro pro Tag arbeiten und in denen sie in Plastikverschlagen auf Strohsäcken schlafen. Zu den Bedingungen solcher Arbeitsverhältnisse tragen „Illegalität“ und Marginalisierung der Arbeitenden ihren Teil bei. Durch die rechtliche Nicht-Existenz ist nicht nur das Vorhandensein von Alternativen beschränkt, sondern auch der Zugang zu Institutionen, die für die Einhaltung von Rechten und Gesetzen einstehen, erschwert. Durch diesen Umstand wird

es wiederum den Arbeitgebenden leicht gemacht, ebenjene Gesetze zu ignorieren, und die Arbeitskraft der Illegalisierten maximal auszubeuten. Die wachsende Gewinnspanne des Arbeitgebers ermöglicht es ihm, sich gut auf dem Markt zu platzieren und zur Freude der Konsumierenden minimale Preise zu garantieren.

Dieser Artikel soll aber nicht von den elendigen Lebens- und Arbeitsbedingungen berichten, sondern von denen, die dieser Ausbeutung etwas entgegensetzen. Es gibt Menschen, die sich, obwohl sie von staatlicher Seite als nicht-existent da „illegal“ ernannt und ihnen keinerlei Recht zuerkannt werden, zusammenfinden, sich besprechen und ihre Kräfte bündeln. Sie widersetzen sich so der formalen Überlegenheit ihrer ArbeitgeberInnen. Sie stellen Forderung, kündigen das Arbeitsverhältnis gemeinsam, schalten Medien oder Gewerkschaften ein und streiken. Eine solche Gruppe von meist illegalisierten

ArbeitnehmerInnen, die sich das Ausbleiben ihres Lohnes nicht gefallen ließ, trafen wir in Ioannina, im Nordwesten Griechenlands.

Wir sitzen auf einem der Betten in dem wohnlich eingerichteten Zimmer eines besetzten Hauses in Ioannina. Die Bewohner dieses Hauses sind gerade dabei einen Brief an die EinwohnerInnen der Stadt zu schreiben, in dem sie beschreiben, was ihnen in den letzten Monaten passiert ist, wie sie darauf reagiert haben und den sie mit der Bitte um die Solidarität der EinwohnerInnen versehen.

Jeder der acht Männer, die dort neben und uns gegenüber sitzen, hat eine Geschichte zu erzählen. Eine Geschichte von einem weiten Weg, den sie schon hinter sich haben. Und auch eine Geschichte von einem weiten Weg, den es noch zu gehen gilt zu ihrem erhofften Ziel. Sie haben überwundene Grenzen hinter sich, Enttäuschung ob dieses unwirtlichen Europas, eine Familie, die auf heimgeschicktes Geld wartet.

Auf unterschiedlichen Wegen kamen sie auf die Plantage der Firma Tzartzoulis S.A. in der Nähe von Ioannina, auf der Tomaten und Bohnen angebaut werden. Sie nahmen es hin, in Plastikhütten zu wohnen, viel zu arbeiten und kaum Pausen zu haben. Sie nahmen es hin, bis ihnen ihr Lohn nicht ausgezahlt wurde. Da setzten sie sich zusammen und überlegten, wie sie den Arbeitgeber unter Druck setzen könnten. Sie führten Warnstreiks durch, forderten Gespräche, in denen neue Verträge aufgesetzt wurden. Der Arbeitgeber ließ einige Veränderungen zu, jedoch dauerte es nie lange, bis er den Lohn wieder einbehält. Während das Gemüse, welches da angebaut wurde, in LKW durch ganz Europa fuhr und Geld einbrachte, sahen die Arbeitenden wochen- und monatelang keinen Cent von dem Erwirtschafteten. Als dann auch noch der Plantagenbesitzer mit all den Computern und wichtigen Maschinen vom Gelände verschwand, reichte es einigen der Arbeitenden. Sie wollten nicht mehr warten. Stattdessen gingen sie in die nächst größere Stadt, Ioannina, und sorgten für Aufmerksamkeit, um ihren Lohn zu erstreiten. Durch einen Zufall wurde eine griechischen Gewerkschaft auf diesen Schritt aufmerksam, solidarisierte sich mit den Kämpfenden und brachte den Fall in die Medien. Nach einer Demonstration am ersten Tag, begaben sich die 35 aufständigen Arbeitenden auf den zentralen Platz vor dem Rathaus und dem Gericht und traten in den Hungerstreik. Mitten im Dezember zelteten sie zwei Wochen lang im Schnee ohne einen Bissen zu sich zu nehmen.

Dieser Hungerstreik ist einer von zahlreichen Kämpfen prekariisierter MigrantInnen in Griechenland, die ihre Rechte einfordern. Im Frühjahr 2011 streikten beispielsweise 300 vor allem maghrebische MigrantInnen 44 Tage lang für die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus'. Sie streikten als MigrantInnen, aber auch als Arbeitende für ein Recht auf soziale und politische Teilhabe. Obwohl der Hungerstreik durch Kriminalisierungsversuche von Seiten der Regierung überschattet war, schafften sie es in den gesellschaftlichen Diskurs zu intervenieren. Trotzdem wurden nach 44-tägigem Kampf nicht alle Forderungen erfüllt, jedoch erhielten alle Streikenden eine Aufenthaltserlaubnis.¹

Auch in Ioannina führte der Hungerstreik zum Erfolg: Durch den Druck, den die Streikenden, die solidarische Bevölkerung, die Medien und die Polizei auf den Plantagenbesitzer ausübten, willigte dieser endlich ein den Lohn auszuzahlen. Zusammengerechnet ging es um eine Summe von etwa 65 000 Euro.

„Dieser Plantagenbesitzer ist nicht ernst zu nehmen! Jedes Jahr macht er das gleiche.“, sagt Gérard, einer der Hungerstreikenden „Bis heute haben andere Gruppen von Arbeitenden ihr Geld noch nicht.“ Nachdem sie selbst aber ihren Lohn bekommen hatten und natürlich nicht mehr auf die Plantage zurückkehren wollten, sind zwölf der Hungerstreikenden in ein leerstehendes Haus in Ioannina eingezogen. Sie bestreiten ihren Lebensunterhalt im Moment damit, dass sie Verschiedenes an TouristInnen verkaufen. Durch diese Tätigkeit wurden sie bald in den nächsten Kampf verwickelt. In dem Brief an die EinwohnerInnen der Stadt, den sie gerade schreiben, als wir sie treffen, erzählen sie von der polizeilichen Schikane, die ihnen tagtägliche begegnet. Diese gipfelt darin, dass ihnen die Waren, die sie zum Verkauf anbieten, von der Polizei gestohlen werden. So wird ihnen jede Möglichkeit genommen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie erklären uns, dass die Bevölkerung annimmt, die MigrantInnen wären Schuld an der griechischen Krise. Deshalb möchten sie mit ihrem Brief etwas gegen diese Meinung setzen und ihre Sicht der Dinge schildern.

„Gerade wird der Brief ins Griechische übersetzt. In den nächsten Tagen können wir ihn dann in der Stadt verteilen!“, sagt Gérard als er sich von uns verabschiedet.

Die Information in diesem Artikel stammen aus einem Interview mit den Hungerstreikenden, welches wir im September 2011 durchführten, sowie von:

<http://clandestinenglish.wordpress.com/2010/12/11/35-immigrants-in-ioannina-w-greece-on-hunger-strike/>

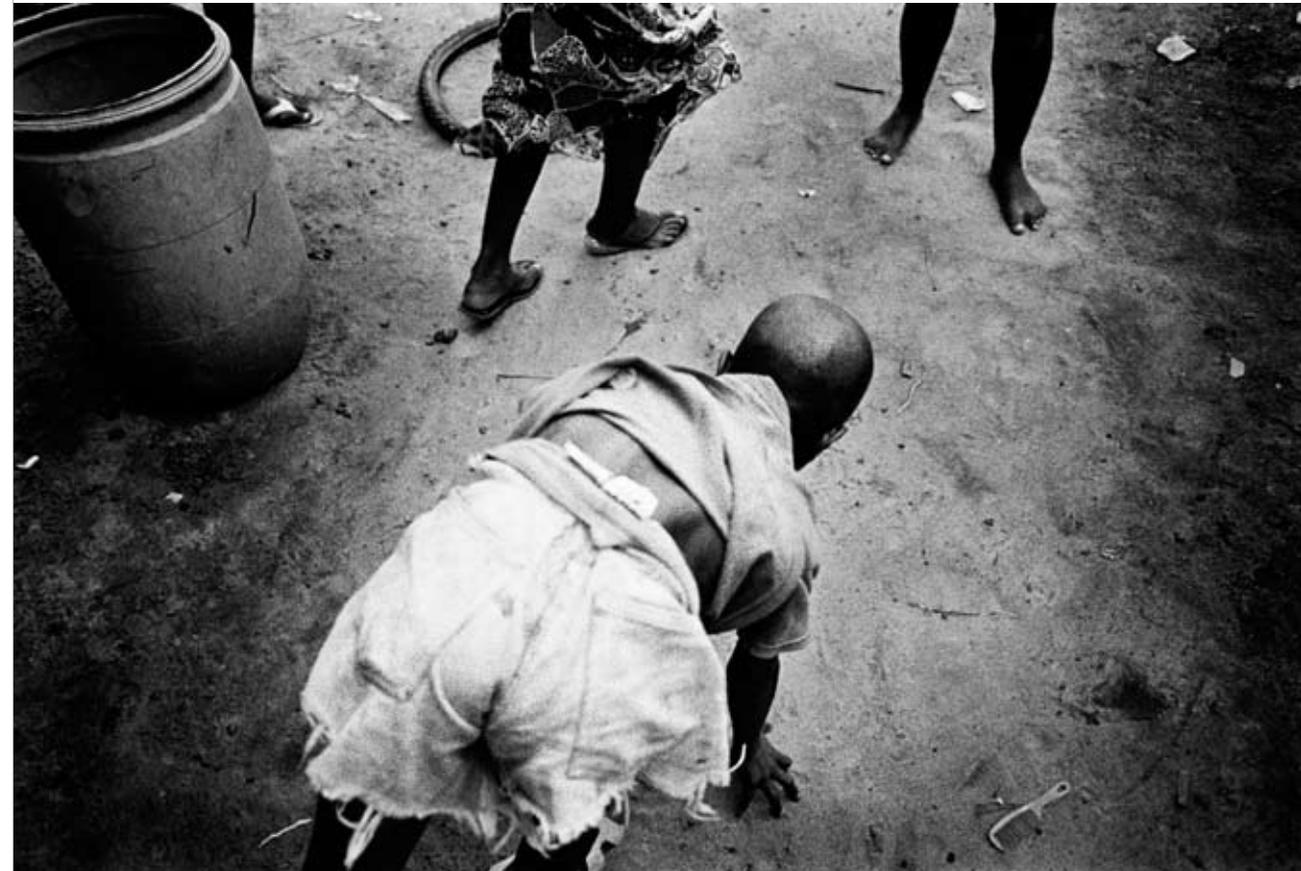
KIM THUE: DEAD TRAFFIC

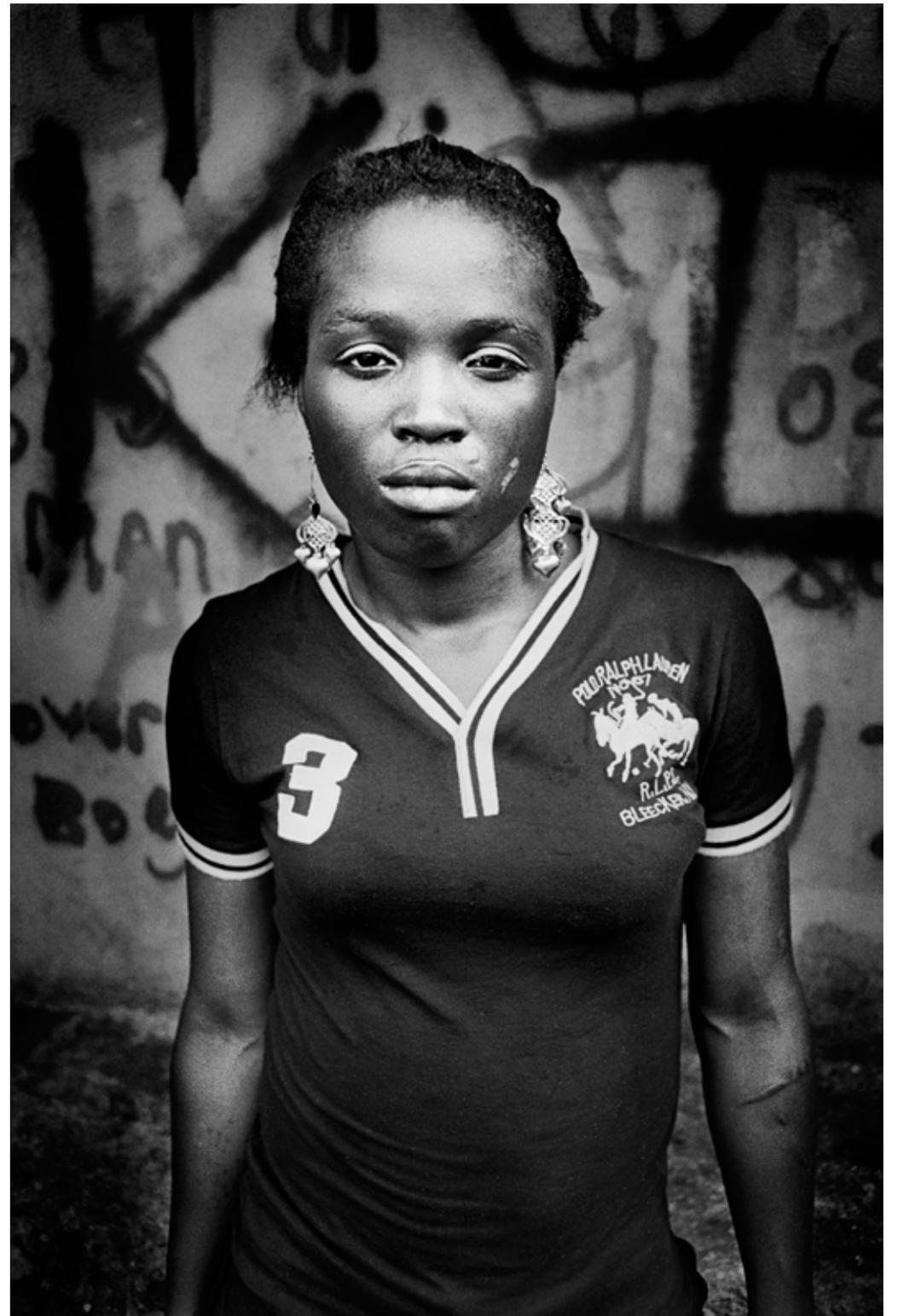
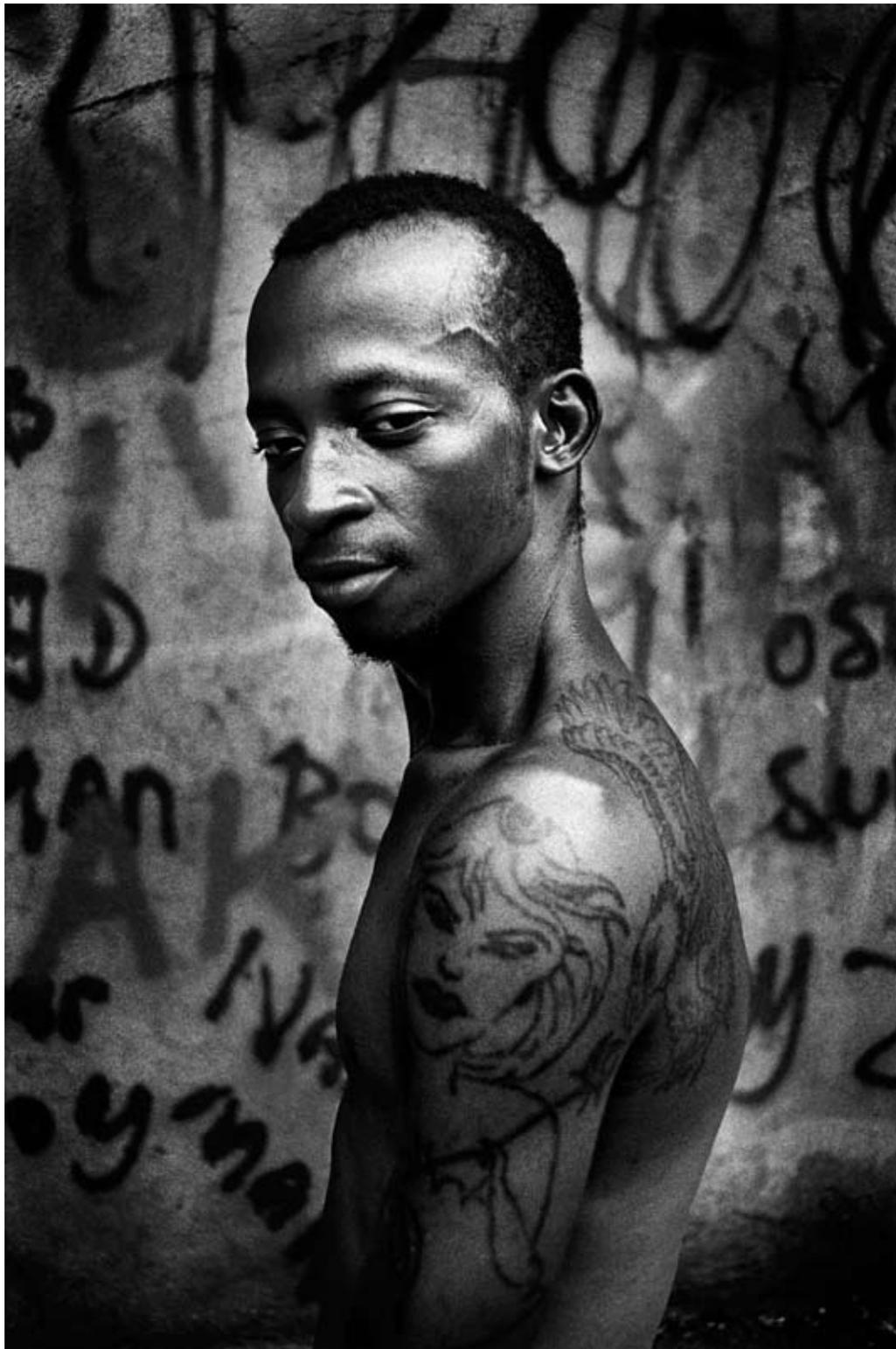
Die Bilder wurden während zweier Reisen aufgenommen. Kim Thue hat 10 Monate damit verbracht, in der Nähe einer berüchtigten Slumgegend zu leben, dort hat er tiefen Einblick in das Leben und die Emotionen seiner Modelle erhalten.

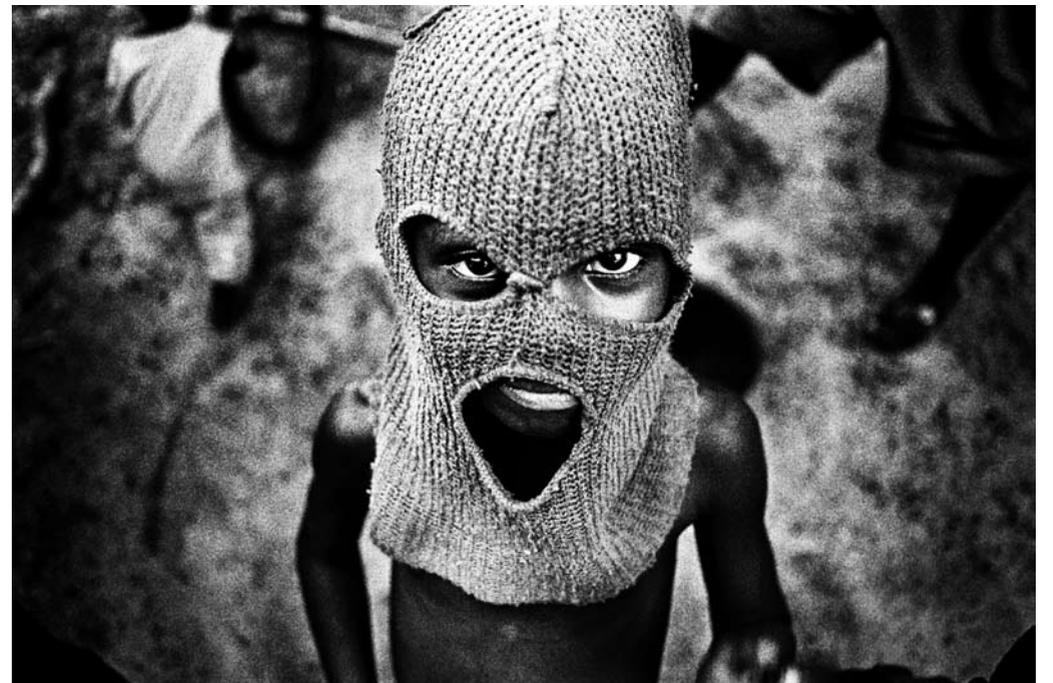
Durch die visuelle Darstellung unaussprechlicher Tragödien, einer verletzten Integrität und zufälliger Begegnungen, gibt sie uns eine fesselnde Beschreibung eines Winkels der Welt, der den meisten von uns verschlossen bleibt.

„Obwohl Sierra Leone für seinen brutalen Bürgerkrieg bekannt ist, habe ich keine versteckte politische Aussage, habe ich kein spezifisch humanitäres Thema, ich hatte noch nicht einmal eine klare Geschichte im Kopf, während ich das Buch machte. Ich bin nach Freetown nicht als Fotograf gegangen, sondern als Fremder mit einer Kamera und einem offenen Herzen. Was ich hoffe erschaffen zu haben, ist etwas, auf das sich der Betrachter emotional einstimmen kann. Etwas, das einen Nerv trifft, ohne die Natur eines Zwangs und ohne das Monopol einer bestimmten Wahrheit einnehmen zu wollen. Eine Sammlung von Eindrücken, die eine untrennbare Koexistenz von Schönheit und Schrecken nahe legt, die ein allgegenwärtiges Thema in dieser rauen und starken Stadt zu sein scheint.“ – Kim Thue

Kim Thues Buch *DEAD TRAFFIC* ist Anfang April 2012 bei *dienacht Publishing* erschienen:
www.dienacht-magazine.com/publishing/









„VIELE TSCHECHEN HABEN EINEN KOMPLEX, WAS DIE GEMEINSAME GESCHICHTE MIT DEN DEUTSCHEN ANGEHT“

Wer in Tschechien die Geschichte der Sudetendeutschen erkundet, macht sich nicht immer beliebt. Petr Mikšiček tut es trotzdem. Der Kulturwissenschaftler, Jahrgang 1977, macht sich gemeinsam mit deutschen Partnern auf die Suche nach verschwundenen Dörfern in den Grenzregionen. Mit Eva-Maria Simon sprach er darüber, warum das Erzgebirge für ihn die interessanteste Gegend der Welt ist.

Von Eva-Maria Simon

Grenzwertig: Petr Mikšiček, Sie sind jung, Sie sind Tscheche, Sie kommen aus Prag. Warum interessieren Sie sich für einen „gott-verlassenen“ Landstrich wie das tschechische Erzgebirge?

Petr Mikšiček: Weil ich dort als Kind so viele schöne Stunden verbracht habe. Meine Familie hat ein Wochenendhaus bei Nejdek, deutsch Neudek, rund 20 Kilometer von der Grenze. Irgendwann hat mir das Skifahren und Pilzesammeln nicht mehr gereicht. Da habe ich angefangen, mich mit der Geschichte zu beschäftigen.

Und das nicht nur ein bisschen.

Nein. Im Jahr 2000 habe ich eine Pilgerreise gemacht; ich bin drei Monate lang die Grenzen der Tschechischen Republik abgelaufen. Meine Bachelor-Arbeit in Kulturwissenschaften habe ich dann über Gesellschaft und Kultur der Sudetendeutschen bis zum Jahr 1945 geschrie-

ben. Die Ausstellung „Das verschwundene Sudetenland“ ist an mehr als 40 Orten in Tschechien, Polen und Deutschland gezeigt worden. In meiner Diplomarbeit ging es um Vertreibung und Siedlungstätigkeit. Ich bin auch gerne in der Natur und fotografiere. So bin ich auf die Idee zu der Ausstellung und dem Buch „Das wiederentdeckte Erzgebirge“ gekommen.

Da zeigen Sie alte Aufnahmen von böhmischen Dörfern...

Richtig. Und daneben ein aktuelles Bild von einer leeren Wiese. Fast 70 Orte sind aus dem tschechischen Erzgebirge verschwunden, nachdem die deutschen Bewohner vertrieben waren. Zwei Drittel der damaligen Bevölkerung Tschechiens waren deutsch. Nach der Vertreibung und den Auswanderungswellen in den 60er Jahren waren die Grenzregionen entleert. Damit beschäftigt sich in Tschechien kaum jemand außer uns.

Wer ist „wir“?

Die Organisation „Antikomplex“ und der Stiftungsfonds „Erneuerung des Erzgebirges“, den ich mit meinem Kollegen Antonín Herzán gegründet habe. Wir machen Projekte mit Schülern, grenzüberschreitende Wanderungen, Ausstellungen, Lesungen... Im Internet haben wir Berichte von mehr als 150 deutschen und tschechischen Zeitzeugen gesammelt.

Wofür steht der Name „Antikomplex“?

Ich denke, dass viele Tschechen einen Komplex haben, wenn es um die gemeinsame Geschichte mit den Deutschen geht.

Kein Wunder. Die Vertreibung war eine Reaktion darauf, dass das Deutsche Reich die Sudetengebiete „angeschlossen“ und den Rest von Böhmen und Mähren besetzt hat.

Das stimmt. Aber wir wollen zeigen, dass die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen vielfältiger waren. In Tschechien wird wenig kontrovers über das Thema diskutiert. In der Schule lernt man nur: Alle Deutschen wollten heim ins Reich, unter der Führung der Sudetendeutschen Partei von Konrad Henlein. Sie wollten mit Hitler Europa vernichten, es gab nach dem Krieg keine andere Möglichkeit, als sie zu vertreiben. Aber wir kennen viele Leute, die mit ihrem Leben eine andere Geschichte erzählen. Da gab es eine sozialdemokratische Familie, die von den Nazis in ein Lager gesperrt wurde. Trotzdem sollte sie nach dem Krieg vertrieben werden. Ich habe von Deutschen gehört, die Flugblätter gegen Hitler über die Grenze ins deutsche Reich geschmuggelt haben. Und dann gab es diesen erzgebirgischen Schnitzer, der hat eine Weihnachtspyramide mit Karrikaturen von Goebbels und Hitler gemacht. Das wussten die Leute, aber niemand hat ihn verraten. Andererseits gab es auch Nazis, die bleiben durften, weil sie in der Industrie gebraucht wurden.

Wie kommen Ihre Projekte bei Ihren Landsleuten an?

Insgesamt besser, als ich dachte. 90 Prozent der Reaktionen sind positiv. Allerdings sagen immer wieder Leute: Ihr solltet euch lieber mit den Opfern der Nazis beschäftigen und mit der Vertreibung der Tschechen.

Und haben sie nicht recht?

Natürlich ist das wichtig. Aber es gibt genug andere, die sich damit befassen. Wir wollen auf einer unpolitischen Basis die gemeinsame Geschichte entdecken.

Wie sind die Reaktionen in Deutschland?

Zu meinen Lesungen in Sachsen kommen immer viele Menschen. Die hungern richtig nach allem, was das Erzgebirge betrifft. Bei uns in Tschechien ist das anders.

Woran liegt das?

Nach der Vertreibung hat man Menschen aus der ganzen Republik im Erzgebirge angesiedelt, vor allem wegen des Bergbaus. Sie hatten keinen Bezug zur Region. Es gibt kein Heimatgefühl, nicht so viele Vereine, die Leute bleiben eher unter sich. Das ist traurig, aber andererseits macht es das Erzgebirge für mich zur interessantesten Gegend überhaupt.

Warum? Es ist doch auf tschechischer Seite vor allem ziemlich leer.

Ich sage mir: „Happy people have no story.“ Im 20. Jahrhundert hat sich hier so viel verändert. Nach der Vertreibung kam das Uran-Fieber in Jáchymov. In den 50er Jahren zogen zehntausende Arbeiter dort hin, auch mein Großvater. Sie verdienten gutes Geld, aber setzten ihre Gesundheit aufs Spiel. Und als sich der Abbau nicht mehr lohnte, gingen viele weg.

Die einstige Silberstadt Jáchymov, die früher Joachimsthal hieß, war berüchtigt: Dort mussten auch politische Gefangene das Uran aus dem Berg kratzen. Heute bröckeln dort die Fassaden und die Schaufenster werben für Geschäfte, die es nicht mehr gibt.



Die Aktivitäten von Petr Mikšíček und dem Verein Antikomplex lassen sich auf den Internetseiten www.antikomplex.cz/de, www.znkr.cz/de und www.obnovakrusnohori.cz verfolgen. Außerdem sind von ihm die zweisprachigen Bücher.

„Das wiederentdeckte Erzgebirge“, „Sudetská pout' aneb Waldgang“, „Gesichter des Erzgebirges“ und „(H)Erzgebirge“ erschienen, an „Das verschwundene Sudetenland“ war er als Mitautor beteiligt. Die Erlöse aus den Büchern gehen an den Stiftungsfonds „Erneuerung des Erzgebirges“.

Das Erzgebirge stand schon immer am Rand des Interesses. Im Bezirk Karlsbad zum Beispiel ist das Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen 20 Jahren nur um fünf Prozent gewachsen. In anderen Bezirken hat es sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Außerdem war die Natur sehr zerstört, auch wegen Torf- und Kohleabbau. Deshalb hat das Erzgebirge bis heute einen schlechten Namen in Tschechien.

Aber es gibt doch auch Schönes.

Ja, weil sich die Wirtschaft nicht so schnell entwickelt, haben wir noch viel Natur. Der schönste verschwundene Ort, den ich kenne, ist Königsmühle oder Háje. Der liegt versteckt am Keilberg, dem höchsten Gipfel des Erzgebirges. Früher haben dort 50 Leute gewohnt, jetzt stehen noch sechs Ruinen von Häusern. Im Spätsommer werden wir dort ein deutsch-tschechisches Kulturfestival mit Theaterstücken veranstalten.

Wie leben Deutsche und Tschechen in der Region heute zusammen?

Wir haben ja ähnliche Probleme: Die jungen Leute gehen weg; es gibt viele Arbeitslose. Aber wir halten zusammen. Bei Antikomplex arbeiten zum Beispiel zwei Freiwillige aus Deutschland mit. Es gibt auch viele Freundschaften. Man muss eben seinen Kopf öffnen.

**Impressum**

Grenzwertig #5 (Juli 2012, Trier)

Herausgeber

Multikulturelles Zentrum Trier e.V.

Printauflage

400 Exemplare

Druck

Selbstverlag

Verantwortlicher Redakteur / Anzeigen

Fabian Jellonnek

Onlineredaktion

Pit Reinesch

Konzeption und Gestaltung

FLUUT Grafik-Design | www.fluut.de

Umschlagbilder

Kim Thue

Kontakt

Zeitschrift Grenzwertig
c/o Multikulturelles Zentrum
Balduinstr. 6
54290 Trier

T 0049 (0) 651-48497

E zeitschrift@multicultural-center.de

I www.kulturlotsen.org/grenzwertig

Diese Zeitschrift wird in ehrenamtlicher Tätigkeit erstellt. Die Texte und Bilder sind Eigentum der AutorInnen. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und Einwilligung der/des jeweiligen AutorIn.

Grenzwertig steht zum kostenlosen Download auf www.multicultural-center.de bereit.